

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. zzgl. Postgebühren.

Redaktion: Lauhaer Str. 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 2721.  
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5gespaltene Zeitspalte oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwereyer Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Salus der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer frühestens 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Lauhaer Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

## England und Deutschland.

Leipzig, 7. Juli.

Aus London wird uns vom 4. Juli geschrieben:

In derselben Zeit, als Delcassé in der Deputiertenkammer sich über das Verhältnis zwischen Frankreich und Italien äußerte, fand im englischen Unterhause eine lebhafteste Auseinandersetzung über die auswärtige Politik Englands statt, die sich ebenfalls zum großen Teile um Italien drehte. Es war die erste ernste Debatte über auswärtige Politik seit dem Beginn des südafrikanischen Krieges, und sie gestaltete sich zu einer rücksichtslosen Abrechnung mit dem Auswärtigen Amte, eigentlich mit der Familie Cecil, die durch Lord Salisbury sowie seinem Sohn Lord Cranborne und seine Kassen L. J. und Gerald Balfour die politische Energie Englands abtötet. Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, war der gestrige Angriff nur ein Vorpostengefecht, das sich noch in diesem Jahre zu einem der heftigsten Kämpfe gegen Salisbury und seine Familie entwickeln wird. Der Grundton der Debatte war eine tiefe Bitterkeit gegen die prunkvolle Ohnmacht der Regierung sowie gegen die impulsive Abenteuerpolitik Deutschlands.

Die Auseinandersetzung ist für Deutschland und England wichtig genug, daß wir ihre bedeutendsten Momente hervorheben. Den Angriff eröffnete der radikale Abgeordnete Sir Charles Dilke, ein Politiker von europäischem Ruf und einer der wenigen Engländer, die die Weltpolitik nicht nur im imperialistischen, sondern auch im demokratischen Sinne verstehen: Er sagte: „Die auswärtige Politik der Regierung stellt sich dar als eine Reihe von Unterlassungsünden, Irrtümern und Konfusionen. Die Regierung thut nichts, um wegen Neufundlands mit Frankreich zu einem Abkommen zu gelangen. Sie ließ ferner die Bundesgenossenschaft mit Italien in Verfall geraten. Und in China ermangelte sie jeder Politik. Ich wünsche vor allem zu wissen, wie weit die Unterhandlungen bezüglich der Fischereirechte der französischen Bürger auf Neufundland gediehen sind. Diese Frage darf nicht länger verschleppt werden. Dann verloren wir in diesem Jahre die bisherigen traditionellen Beziehungen zu Italien hinsichtlich der Erhaltung des status quo im Mittelmeere. Dies ist die ernsteste Frage unserer gegenwärtigen auswärtigen Politik. Ich kann es nicht unterlassen, eine Parallele zwischen ihr und der neuen Allianz mit Japan zu ziehen. Die neue Allianz hat vielleicht keinen durchaus friedlichen Charakter, während die Allianz mit Italien durchaus friedlicher Natur war. Wir hatten seit langer Zeit gute Beziehungen zu Italien, die im Jahre 1887 eine konkrete Form annahmen. Mr. Goschen, der erste Lord der Admiralität, erklärte:

„Im Falle eines Krieges im Mittelmeere, werden wir nicht allein stehen.“ Er bezog sich auf Italien. Aber wir verwundeten die Gefühle Italiens durch unser Abkommen mit Frankreich, dem wir das Hinterland von Tripolis einräumten. Das war einer der dümmsten Streiche des auswärtigen Amtes. Denn an Stelle unseres Abkommens trat das zwischen Frankreich und Italien, das auf die Berstörung des status quo im Mittelmeer berechnet ist. Das Abkommen betrifft Tripolis und vielleicht auch Marokko. Keiner von uns glaubt an einen bevorstehenden europäischen Landkrieg, aber um das Mittelmeer sieht es gefährlicher aus. Italiens Stellung zum Dreieck ist insofern modifiziert, als es das Recht hat, sich mit Frankreich bezüglich der Mittelmeerinteressen zu verbinden. Graf v. Bülow gab dies ja in seiner berühmten Rede vom 4. März zu, in der er auch die chinesischen Verhältnisse diskutierte. Ich denke mir, daß das neue Arrangement bezüglich des Mittelmeeres und Osteuropas eine Schraube gegen uns sei. Es isolierte uns in Europa und nahm uns die italienischen Flottenstationen. Während aber unser bisheriges Verhältnis zu Italien in Frankreich nicht als feindselig betrachtet wurde, ist die Allianz mit Japan in gewissem Sinne gegen Rußland gerichtet. Sie durchkreuzt die scharfen Linien, die russische Staatsmänner gezogen hatten. Unsere Schwäche in China ist höchst bemerkenswert. Unsere Schwankungen und Drehungen waren dort so schnell und falschdörflich, daß gar keine Entschuldigung für sie vorgebracht werden könnte. Unsere Behandlung der chinesischen Frage zeigt, daß wir keinen leitenden Geist im Auswärtigen Amte haben. Zuerst luden wir Rußland zu einem exklusiven Hafen in Nordchina ein. Dann wurde uns erklärt, Rußland verspreche, Korea zu respektieren. In der That wurde dieses Versprechen nicht an uns, sondern an China gemacht. Wir ermutigten sodann Deutschland in seinen Unternehmungen in Schantung. Darauf kam die Besetzung Weihaiwets aus strategischen Gründen, die wir jetzt als nicht mehr gültig betrachten. Dann kam das anglo-russische Abkommen, wozu Rußland auf die Mandchurei, Mongolei und einen Teil Sibirijs verzichtete, wofür es das Recht erlangte, dort Eisenbahnen zu bauen und wir das Recht haben, das gleiche im Yangtsebecken zu thun. Dann kam das anglo-deutsche Abkommen bezüglich der Interessensphären und Eisenbahnbauten und anerkannte ebenfalls das Yangtsebecken als unsere Einflußsphäre. Dieses Abkommen wurde vom Grafen Bülow in seiner Rede, die für uns keine angenehme Lesart war, als eine völlige Preisgabe Englands hingestellt. Er schloß seine Rede in einer beleidigenden (disrespectful) Weise mit den Worten: „Ja, Deutschland wird die Garnison in Schanghai lassen, besonders in Schanghai. Dann kam der Konflikt

mit Rußland über die Eisenbahn in Tientsin, zu der Rußland seine Konzession unter ganz ungewöhnlichen Umständen erhielt. . . . Es stellt sich immer klarer heraus, daß die Regierung über die chinesischen Angelegenheiten schlecht informiert war. . . . So schwierig es ist, mit der russischen Diplomatie auszukommen, wäre es doch ratjam, durch ein Einvernehmen mit Rußland Klarheit in die Lage zu bringen. Schließlich ist es notwendig, daß wir Tientsin sofort räumen. Das ist eine Ehrenpflicht. . . . Das Ergebnis unserer auswärtigen Politik ist also nichts weniger als rühmlich für die englische Diplomatie. Die Stumperei, durch welche wir unsere Beziehungen zu Italien verloren, verdient die Verdamnung des Hauses. Dasselbe muß von unserer chinesischen Politik gesagt werden. Ich beantrage deshalb die Herabsetzung des auswärtigen Etats um 100 Pfund Sterling.“

Der konservative Abgeordnete Gibson Bowles, der für die Saturday Review die Artikel über auswärtige Politik schreibt, schloß sich den Bemerkungen Dilkes an und fügte hinzu: „Es wurde uns einmal angedeutet, daß zwischen uns und Rußland ein Abkommen existiere bezüglich der Erhaltung der Integrität Persiens. Ich frage den Unterstaatssekretär, ob das wahr sei.“

Lord Cranborne: „Ja, ein solches existiert.“  
Gibson Bowles: „Das einzige Einverständnis befindet sich in einer Korrespondenz, die im Jahre 1834 begann, und über welche Lord Granville im Jahre 1873 erklärte, daß ein formeller Vertrag nicht vorhanden sei, wohl aber ein gewisses Einverständnis, die Integrität Persiens zu wahren. . . . Es ist aber höchst wichtig, sich darüber klar zu werden, was mit Persien geschehen soll. Rußland besetzte tatsächlich einen großen Teil von Nordpersien und hat dort ausschließliche Rechte auf Eisenbahnbauten. Nun trifft Deutschland Vorbereitungen, in Südpersien einzuschneiden. Einverständnis mit Rußland genügen nicht. Wir müssen genau definierte Verträge haben. Lord Salisbury lieferte Persien an Rußland aus. . . . Alles, was in den letzten Jahren geschah, ist auf die aufstrebende Arbeit Deutschlands zurückzuführen. Deutschlands Motto scheint zu sein: quiesca movers. Die Vorerbewegung, die Besetzung Port-Arthurs und die nachfolgender Unruhen in China wurden hervorgerufen durch die Besetzung Nantchous. Und wer hat den Frieden in Südafrika gestört? Deutschland. Das Telegramm des Kaisers, die Erklärungen seines Ministers füllten die Buren mit Hoffnungen auf Intervention. . . . Unser Auswärtiges Amt ist durch die Trennung vom Kolonialamt vollständig unfähig geworden, mit den großen Fragen unserer Zeit fertig zu werden. Denn die Bedeutung Europas sinkt in dem Maße, wie die der überseeischen Welt wächst. Aber

## Seuilleton.

### Das tägliche Brot.

Roman von Klara Diebig.

Die zwölfjährige Grete war ein armes Wurm, dessen Sprache man kaum verstand. Ihrem Wolfsrachen hätte wohl bei Zeiten durch eine Operation, durch einen „Weschluß der Saumenspatte“, wie der Arzt gesagt hatte, abgeholfen werden können; aber Reschkes waren nicht für so was, das kostete zu viel Geld; geringsten Falles Zeit. Vielleicht, daß die Geschichte von selber wieder in Ordnung kam. So blieb Grete die lächerliche Figur für die Geschwister; da sie, infolge ihres Fehlers auch nur langsam schlucken konnte, aßen sie ihr das Beste vor der Nase weg. Sie hatte sich nach und nach das Sprechen fast abgewöhnt; als sie verständiger geworden, genierte sie sich. Stumm und schen drückte sich das blasse tränkende Mädchen an den Wänden entlang; im Baden durfte sie sich nicht sehen lassen, da jagte die Mutter sie gleich hinaus.

Mit der kleinen Elli machten Reschkes desto lieber Staat. Das war „ne findige Kröte“, wie Vater Reschke schmunzelnd sagte; mit ihren sieben Jahren klüger als manche andere, die doppelt so alt war. Die ganze Klundenschaft amüsierte sich über die. Mit ihrer spitzen Kinderstimme sang sie die beliebtesten Couplets; hatte sie nur einmal eins gehört, gleich hatte sie's weg. Sie schlief als Reschkäthen bei den Eltern, in der guten Stube auf dem Sofa.

Es hatte einige Schwierigkeiten gemacht, Mine und

Bertha für die Nacht unterzubringen; denn auch letztere dazubehalten, war Frau Reschke willens: zwanzig Pfennige Schlafgeld pro Person und dreißig pro Person fürs Essen. Mine war wie vom Donner gerührt — bezahlen?! Da brauchte man doch nicht zu Wertwenden zu gehen und obendrein noch Eier mitzubringen! Sie wollte vor lauter Verzürung grob werden, aber Bertha trat ihr verstoßen auf den Fuß und sah sie aus den blauen Ainderaugen so mahnend an, daß sie nichts sagte. Nachher flüsterte ihr Bertha zu: „Halt's Maul! Meenste, ich wer mer nächter noch lang mit de Reschken aufhalten? Aber jetzt müssen mer still halten, bis se uns en gutten Platz ausgemacht hat.“ Und Mine sah das ein.

Bertha war den Abend von anhaltender Fröhlichkeit, von großer Anstelligkeit gewesen, half hier, half da und hatte die Augen überall. Als sie, nach Schluß der blau-lackierten Thüren, Mutter Reschke noch den Laden aufräumen half, war diese ganz begeistert. „Ne so 'n Mädchen! Ne, so was! Sie machen ihr Glück, det 's jernih!“

Auch Reschke blickte schmunzelnd auf, als seine Frau mit Bertha in der Wohnstube erschien. Da war es sehr langweilig zugegangen. Arthur, die Ellbogen aufgestemmt, den Kopf zwischen beide Hände gestützt, stierte in ein Buch; Trude war noch nicht aus dem Geschäft zurück; Elli saß am Piano und kimperte eine Tonleiter, die ihr das Klavierfräulein aufgegeben; Grete hockte stumm im dunkelsten Winkel. Vater Reschke gähnte, die Augen wollten ihm zufallen; die große Weibe, die er „bei's Bücherführen“ zu leeren pflegte, war längst ausgekippt. Reidisch spitzte er die Ohren, wenn draußen im Laden Berthas helles Gelächter sich mit dem fetten Lachen seiner Frau mischte. Die Weibe war doch gar zu thramig;

die sah steif auf ihrem Stuhl, verzog keine Miene, sprach nicht, hatte die Hände in den Schoß gelegt und rührte sich nicht. Es paßte ihr alles nicht. Im stillen hatte sie doch erwartet, die Verwandten würden den Besuch, der von so ewig weit herkam, ein bißchen mehr „aufnehmen“. Da war's bei ihnen zu Hause doch besser; wenn sie auch nicht so viel Geld hatten, einen Kuchen von Beckteig, mit Belag von Pflaumenmus oder Quarkkäse gab's bei jeder besonderen Festlichkeit. Sie würgte an einer großen Enttäuschung.

Und die Enttäuschung hielt an, als sie sich zu Bertha in das Küchentischbett legte, neben welches die stumme Grete sich einen Strohsack schleppte. Trude, die um elf dreimal an die blau-lackierte Thür getrommelt hatte — das war ihr Zeichen — schlief mit Elli auf dem Sofa in der guten Stube.

Mine konnte nicht schlafen, eine ungeheure modrige Schwüle nahm ihr den Atem; sie streifte sich das Bett vom Halse und legte die nackten Arme obenauf. Es wurde doch nicht besser. Im Dunkeln lag sie mit brennenden, weit offenen Augen und glaubte Tropfen von den Wänden, die bei Lampenlicht so seltsam glister-ten, niederfallen zu hören.

Ein schauerliches Rauseln ließ sie zusammenfahren; sie tastete nach dem warmen Körper Berthas und flüsterte erschrocken: „Hörste?“ Die schlief ruhig weiter.

Das rasselte und schnaufte und ächzte! Ein abergläubisches Entsetzen packte die Wachende, sie setzte sich aufrecht im Bett und lauschte: — nun wußte sie's, die stumme Grete, schnarchte.

„Wiste stille,“ schrie sie in unterdrücktem Ton und klopfte an die als Seitwand aufgeklappte Platte des Küchentisches. Das Rauseln verstummte, und ein leises

dies versteht unsere Diplomatie noch nicht. Ein weiterer Fehler des Auswärtigen Amtes liegt in seiner Geheimthuerei. Die Vereinigten Staaten machten der diplomatischen Geheimthuerei ein Ende, indem sie eine Kommission für auswärtige Angelegenheiten schufen, von der die Diplomatie kontrolliert wird. Es würde sich wohl lohnen, die Frage einer ähnlichen Einrichtung in England zu diskutieren."

Der Abgeordnete Henry Norman (lib.) schloß sich den Vorrednern an. Er verlangte, daß das Auswärtige Amt sich in chinesischen Angelegenheiten von Deutschland loslöse und China mit Wohlwollen behandle. Ferner verlangte er Auskunft über das anglo-deutsche Abkommen bezüglich des persischen Meerbusens. Er machte noch folgende Bemerkung: "Ich möchte die Regierung auf Artikel 44 des Berliner Vertrags aufmerksam machen, der Rumänien verpflichtet, keinem seiner Unterthanen aus religiösen Gründen die Bürgerrechte zu nehmen. Die rumänische Regierung hat diesen Artikel in höchst schamloser und cynischer Weise verletzt. Warum hat die englische Regierung keine Schritte getan, um Rumänien an seine Pflichten zu erinnern?"

In diesem Sinne sprachen Lord Charles Beresford (cons.), Veyen (rad.), Walton (lib.), W. Redmond (Homerule) und Deckett (cons.). Letzterer drang auf die sofortige Räumung Tientsins und auf eine freundliche Politik gegenüber China. Deutsche Soldaten hätten sich staunenswerter Grausamkeiten in Peking schuldig gemacht.

Lord Cranbournes Antwort auf diese Anklagen war nichtsagend und befriedigte niemand. Ueber den Antrag Dille wurde noch nicht abgestimmt. Vielleicht kommt er noch nächsten Dienstag zur weiteren Diskussion.

Im ganzen offenbarte die Debatte eine bittere Stimmung gegen Deutschland. Sie wird auch vom Volke geteilt. Auf die Lebenswürdigkeit des Kaisers den Engländern gegenüber wird hier wenig gerechnet, da die impulsive, unbeständige Politik Wilhelms II. überall bekannt ist.

Es wäre vielleicht die Pflicht der Sozialdemokratie, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den deutschen und englischen Arbeitern um so sorgfältiger zu pflegen, alle unnützen Angriffe auf England zu unterlassen und langsam das tiefe Mißtrauen zwischen den beiden Nationen zu zerstreuen.

### Politische Uebersicht.

#### Die Rehrseite der Medaille.

Aus München schreibt man uns:

Die „manufochte That“ der „Würzburger Zehn“ entlockt der liberalen Presse exaltierte Lobeshymnen. Dem Außenstehenden mag das lächerlich erscheinen; wer aber die Dinge in Bayern kennt, der wird den Jubel verstehen. Denn wenn die zehn Professoren, als sie ihre Würden — keineswegs aber auch ihre Gehälter — im Stiche ließen, eigentlich noch dem Vorausgegangenen nur ihre Pflicht erfüllten, so war es eben doch einmal etwas, das wie eine That aussieht. In den letzten Jahren sind an den bayerischen Bildungsanstalten so viele merkwürdige Dinge passiert, daß man sich schon an den Gedanken gewöhnt hatte, daß die Professoren und insbesondere die Universitätsverwaltungen gegenüber dem großen Kultusminister nicht mehr im Besitze eines Rückgrats seien. Und zwar handelte es sich dabei nicht um Angelegenheiten der sogenannten voraussetzunglosen Forschung, sondern um wirkliche wissenschaftliche Interessen.

So bestehen seit Jahren im Münchener Reisingerianum, wo jährlich über 40000 arme Kranke ambulatorisch behandelt werden, hinsichtlich der Einrichtung skandalöse Zustände. An die Fakultät wurden insgesamt 17 Gesuche um Abhilfe gerichtet, ohne daß eine Aenderung eintrat. In den beteiligten Kreisen bestehen nun zwei Meinungen. Die einen behaupten, die Fakultät habe es nicht gewagt, dem Minister die allseitig als berechtigt anerkannten Forderungen zu unterbreiten. Andere sagen, dies sei wohl geschehen; doch habe der „Dehnbare“ die Fakultät in seiner bekannten Manier abfahren lassen, und die Herren Professoren hätten sich nicht getraut, weitere Schritte zu unternehmen. Inzwischen haben sich andere Leute um die Sache

Ministern des Strohsacks verriet, daß die Kleine erwacht war.

Eine schwere Mattigkeit überkam Mine, die Glieder waren ihr wie gelähmt; flebriger Schweiß rann ihr in der dicken, von vielen Lungen verbrauchten Luft am Gesicht nieder, ihr ganzer Körper war übergossen davon. Für kurze Augenblicke umnebelten sich ihre Gedanken — sie glaubte, daheim im Wolmüher Forst ins Moor geraten zu sein, zäh und schlammig hing sich's ihr an die Füße und zog sie tiefer und tiefer; ein schrecklich stinkender Moderduft stieg auf. Sie wollte den Arm heben, sich aus rettende Schilf Klammern — der Arm ließ sich nicht heben, starr, wie tot, lag er auf der Decke.

Jetzt wachte sie wieder; und jetzt, gerade, als sie aufschreiben wollte: „Diebel!“ fiel ein heller Schein über ihr Welt, und unter ihren blinzelnden Lidern vor, sah sie den Onkel, notdürftig bekleidet, torkelnd vor Würdigkeit, auf den Herz zutappen. Er nahm das braune Kaffetöpfchen aus der noch warmen Nische und tappte wieder hinaus.

Also es war Morgen! Das gab ihr eine Art von Beruhigung; endlich fielen ihr die Augen zu. Sie schlief fest, aber sie träumte Entsetzliches, mattete sich ab in einem vergeblichen Kampf, rang nach Luft in einem erstickenden Prodem. Ein kalter Finger, der sie unter der Nase libelte, erweckte sie. Sie schlug mit den Armen um sich und wachte nicht, wo sie war.

Die winzige Küche war voll Menschen. Arthur stand an der Wasserleitung und ließ Wasser in seinen Krug plätschern; Elli sprang im Hemdchen um ihn herum und trieb allerlei Faxen. Vor dem Spiegelscherben kniete Trude, im kurzen Röckchen, und brannete sich den ganzen Kopf voll Loden, während Bertha, in einer ihrer Nachtsachen mit Häkelspitze, dabei stand und aufmerksam zusehauete,

angenommen, die nun demächst im Landtag verhandelt werden soll.

Verschiedene andere Ambulatorien in München sind so schlecht dotiert, daß zu ihrer Leitung nur Leute mit großem Privatvermögen berufen werden können, die für Verbandstoffe und dergleichen jährlich Tausende aus eigener Tasche zahlen können. Bei der Besetzung solcher Stellen muß also nicht lediglich auf die Fähigkeit, sondern auch auf den Geldbeutel Rücksicht genommen werden, ein Zustand, der jedenfalls nicht dazu beiträgt, das Ansehen einer Universität zu heben.

Der Privatdozent Dr. Hoffa ging seiner Zeit von Würzburg fort nach Berlin, weil sich Landmann weigerte, für die Orthopädie etwas zu thun. Dr. Hoffa besitzt in Würzburg Grundstücke im Werte von über 1 Million Mark, die jetzt zum Verkauf ausgeschrieben sind; wäre der Gelehrte nicht von Würzburg vertrieben worden, so hätte er dort eine Heilanstalt großen Stiles betrieben. Nicht viel besser geht es dem Privatdozenten Dr. Lange in München. Hier besteht aus den Zeiten Ludwigs I. eine Stiftung für krüppelhafte Kinder. Dr. Lange, der in Fachkreisen einen großen Ruf genießt, hat nun ein Gesuch eingereicht, man möge ihm gestatten, die in der Anstalt untergebrachten Kinder nach modernen orthopädischen Grundsätzen zu behandeln. In ärztlichen Kreisen ist man nämlich der Ansicht, daß neun Zehntel dieser Kinder, die jetzt 2 Jahre in der Anstalt bleiben, in etwa 4 Wochen geheilt werden können. Trotzdem wurde das Gesuch Langes abgelehnt, weil dies dem Geiste der Stiftung widerspreche, die nicht sage, daß die krüppelhaften Kinder geheilt, sondern daß sie erzogen werden sollen! Dr. Lange soll jetzt seine ganze Hoffnung auf den Landtag gesetzt haben; enttäusche auch dieser ihn, so wolle er, wie man hört, ebenfalls den bayerischen Staud von den Füßen schütteln.

Schließlich darf auch nicht verschwiegen werden, daß bei der Besetzung von Lehrstühlen oft recht eigenartige Geschichten passieren. Die Frankfurter Zeitung wußte neulich von einem „Fall Gareis“ zu berichten. Auf eine „warme Empfehlung“ des preussischen Ministerialdirektors v. Althoff hin hat Landmann dem Prof. Gareis-Königsberg die germanistische Professur in München übertragen, trotzdem die Fakultät diesen Herrn wegen nicht genügender wissenschaftlicher Qualitäten abgelehnt halten. Also ein bayerischer „Fall Spahn“. Aber schließlich lernt es der Dehnbare ja nicht besser von den Herren Professoren. In der Landtagssitzung vom 21. Juni dieses Jahres wurde von einem Centrumsabgeordneten öffentlich erzählt, was in München offenes Geheimnis ist: Der Chemieprofessor Geheimrat Dr. v. Baeyer ließ vor einigen Jahren einen Kandidaten im Examen durchfallen. Der Durchgefallene heiratete später die Tochter des Herrn Professors und jetzt ist er außerordentlicher Professor an der Universität München; es ist dies Professor Piloty. Seine Berufung ist auf Verreiben seines Schwiegervaters erfolgt. Dabei soll dies keineswegs der einzige Fall sein. Und schließlich ist auch in Würzburg nicht alles so zweifelsohne zugegangen, wie man glauben möchte. Professor Brenner, der als Mitglied des Senats jetzt mit demissioniert hat, schrieb nämlich im Auftrage der Fakultät halb-offiziell einen Erkundigungsbrief über Chroust nach Graz. Zu dem Briefe kommt diese vielsagende Stelle vor: „Hier traut man ihm (Chroust), offen gestanden, nicht viel Gutes zu, vor allem kein aufrichtiges Wesen, (über seine politische Stellung zum Beispiel weiß niemand Bestimmtes).“ Inzwischen hat sich übrigens herausgestellt, daß Chroust ein Liberaler ist.

Verächtlichst man diese und eine Reihe ähnlicher Vorkommnisse, so wird man die Professoren-Demonstration nach ihrem wahren Werte tagieren. Die Herren sind vom Kultusminister sehr schlecht behandelt worden; aber sie haben es eigentlich nicht besser verdient. Wenn durch den Abgang Landmanns, dessen Stellung zweifellos nicht mehr haltbar ist, dieser Standal beseitigt wird, so darf man gespannt sein, ob nicht bald ein neuer ausbricht. Denn auch im Reich der schönen Künste ist vieles faul im Staate Bayern, worüber vielleicht demnächst einige niedliche Geschehnisse zu erzählen sind.

Wie die Frankfurter Zeitung noch aus München erfährt, wird die Würzburger Professorenaffäre nach zu einem Disziplinarverfahren wegen Verleumdung des Kultusministers führen, d. h. wegen angeblich beleidigender Ausdrücke in der Niederlegungserklärung und wegen Veröffentlichung in der Presse, und wird auch einen Ministerwechsel herbeiführen. Dieser Wechsel erfolgt indessen keineswegs während der Dauer des Landtages. Eine Stellungnahme der übrigen Minister dahin, daß sie sich mit dem Kultusminister solidarisch erklärten, ist nicht zu erwarten, da die Sache nicht als politische Frage, sondern als persönliche Angelegenheit des Kultusministers betrachtet wird.

„So müssen Sie sich auch die Haare machen,“ rief Trude, „das is' die.“

„Wer' schon,“ sagte Bertha, „später! Jetzt Kleid mer das“ — sie strich sich mit beiden Händen über ihr glattes Köpfchen — „noch ganz gut!“

Sie hatte recht, sie sah bildhübsch aus mit dem glattgesträhltem weichen Blondhaar, das ein dichtes Flechtennest über dem gar nicht verbrannten, milchweißen Nacken bildete.

Arthur's Krug lief über, das Wasser plätscherte auf den Boden, er hatte nicht Acht darauf, seine Augen richteten sich starr auf das hübsche Mädchen und verschlangen dessen Gestalt.

„Du Schlemihl,“ schrie Trude, „Gieb doch Achtung, das Wasser spritzt mer ja auf die Feisur!“

„Na, wenn schon!“ Nun drehte er den Leitungshahn so weit als möglich auf, daß das Wasser nach allen Seiten sprühte.

Elli freischte laut vor Vergnügen; wie eine Ballettense ihr Hemdchen mit spitzen Fingern fassend, schwenkte sie die Beine und piepte in höchster Höhe: „Ach Schaffnehr, lieber Schaffnehr, was haben Sie jethan?“ Das war ihr Leib- und Magenstück; im Wintergarten, wohin ihre Eltern sie am ersten Osterfeiertag-Abend mitgenommen, hatte sie's gehört.

Die anderen lachten, nur Mine nicht; sie war ärgerlich, daß sie verschlafen hatte, und wollte gern aufstehen.

„Langschlafern, man fig,“ rief Trude und wollte ihr das Deckbett wegziehen. Mit einem Schrei riß Mine es wieder über sich und warf einen ängstlichen Blick nach Arthur hin.

(Fortsetzung folgt.)

### Deutsches Reich.

#### Zur Homogenität der süddeutschen Regierungen

wird uns aus Stuttgart geschrieben: Gleich den Landesparlamenten Bayerns, Wadens und Hessens eilt auch der württembergische Landtag der Beendigung seiner Tagung entgegen. Am 12. Juli soll er geschlossen werden. Unerledigt bleiben eine Reihe hochwichtiger Gegenstände. So unser Antrag auf Errichtung von Arbeiterkammern und die Interpellation betr. das Koalitionsrecht. Vor allem aber liegt noch der sozialdemokratische Antrag vor, der eine Reform der Verfassung im Sinne einer gerechten Vertretung der Stadt Stuttgart bezweckt. Die Beratung des Antrags wird die ganze Frage der Verfassungsreform wieder aufrollen, und es wäre sehr erwünscht gewesen, wenn das noch in dieser Tagung geschehen wäre. Nicht weil wir etwa von einem Erfolg träumen, sagen wir das, sondern weil die Erfolglosigkeit für unsere Partei ein großer Gewinn gewesen sein würde. Die neue württembergische Regierung hat schon im vorigen Jahre erklärt, daß sie sich an die Einzelheiten des Mittelsächsischen Verfassungsreformprogramms nicht mehr gebunden erachte. Wäre sie jetzt veranlaßt worden, sich positiver auszusprechen, so würde sich mit verblichener Deutlichkeit die Homogenität der süddeutschen Regierungen im Sinne des Bremsens ergeben haben. In allen vier süddeutschen Bundesstaaten wird es mehr und mehr sinnenfälliger, daß die Regierungen ihre Parlamente in puncto Verfassungsreform an der Nase herumzuführen, und es wirkt allmählich blamabel, daß die Landtage sich das seit vielen Jahren so gebuldig haben gefallen lassen. Worin besteht eigentlich der Unterschied zwischen der preussischen und den süddeutschen Regierungen in Bezug auf die Haltung zur Reform der einzelstaatlichen Wahlrechte? Die preussische Regierung bringt durch brutale Sorglosigkeit zum Ausdruck, daß der bestehende Zustand ihr Ideal ist; die süddeutschen Regierungen dagegen verflehen durch knifflige Winkelzüge und Dilpierung ihrer vertrauensfertigen Parlamente jeden Fortschritt zu verhindern. Die Optimisten, die sich von der allzu netten bayerischen Wahlrechtsreformulation ernstlich einen Erfolg versprechen, werden hoffentlich durch die Verurteilung der Herr v. Feilichs den Reichsräten hielt, zum Nachdenken veranlaßt werden sein. Als in Hessen die Reaktionen dem Wahlreformkörper den Rumpfs zwischen den Gliedern herausgeschnitten hatten, wußte sich die Regierung in ihr Schicksal zu finden; auch die Operation, den Rumpf des alten Altersschwachen Körpers mit den neuen Gliedern zu verbinden, wird zu einem heilsamen Ende nicht gelingen. In Baden hat soeben ein zweiter Eisenlohr die mühsam gepflegten Wahlreformhoffnungen roh im Keime erstickt. Und in Württemberg endlich breitet sich vorläufig noch das Geheimnis über die Absichten der Regierung, die den Reformfreunden eine Enttäuschung zu bereiten bestimmt sind.

Ihr uns Sozialdemokraten ergibt sich aus dieser Sachlage eine nützliche Lehre. Nicht wenige unter uns, die in ihres Herzogs Schrein ein kleineres oder größeres Maß von Vertrauen zu ihrer speziellen Landesregierung bewahren, das nur bei einzelnen Wenigen durch Ueberquellen der Mißwelt sich offenbart, werden durch die Erfahrungen der letzten Wochen zur Ernüchterung kommen müssen. Die bürgerlichen Reformheuschrecken werden sich resigniert in ihr Schicksal ergeben und die Vereitelung ihrer zur Schau getragenen Hoffnungen in Demut übersehen.

Die Sozialdemokratie aber muß, wenn sie aus den enttäuschten Volkshoffnungen Gewinn schlagen will, neue Saiten aufziehen. In Verfolg der alten Parteitraditionen hat sie die Regierungen mit einem gerüttelt vollen Maß von Mißtrauen zu bedenken und sich ans Volk, an die Wähler zu wenden in den Tönen, die sie zu dem gemacht haben, was sie heute ist. Dies ist der einzige Weg, auf dem wir weiter vorankommen und die erste größere Etappe erreichen werden: die Umwertung der den Volkswillen fälschenden Uebersetze mittelalterlicher Ständepreiviliegen aus den Verfassungen der Einzelstaaten.

Von den ehrenwerten Reformern bürgerlich demokratischer und liberaler Couleur ist eine Reinigung der Wahlrechte von unsauberen Bestandteilen der Besitz- und Standesbezugung nicht zu erwarten; selbst den besten Willen vorausgesetzt, würden ihre Kräfte dazu nicht ausreichen. Die Sozialdemokratie erreicht aber diese Gegenwartsaufgabe auch nur, wenn sie diejenigen Kräfte mobil macht, die ihrer Natur nach die treibenden im Sinne des Sozialismus sein müssen. Diese Kräfte hat sie wachzurufen. Die entscheidende Propaganda also ist das einzige Mittel, das uns Erfolg garantiert.

\* Berlin, 7. Juli. Der Deutsche Burenhilfsbund hat beschlossen, die noch vorhandenen Mittel in Höhe von 250000 Mk. folgendermaßen zu verteilen: 60000 Mk. zum Rücktransport und zur Versorgung gefangener, mittelloser Deutscher, 80000 Mk. zur Unterstützung der invaliden, hilfsbedürftigen Burenkämpfer und ihrer Familien, und 80000 Mk. zur Unterstützung von Witwen und Waisen.

Eine freisinnige Stimme zur bayerischen Wahlreform. Die Freisinnige Zeitung Eugen Richters unterrichtet ihre Leser in einem Leitartikel über den Meinungsstreit, der augenblicklich in der deutschen Sozialdemokratie über die bayerische Wahlrechtsreform geführt wird. Dabei erinnert sie an die verschiedenen Vorwürfe, die die Sozialdemokraten den Freisinnigen wegen ihrer Kompromisspolitik machen, und schließt:

Ueberall, wo künstlich die Sozialdemokratie mit solchen Vorwürfen austritt, wird man von freisinniger Seite ihr das von der bayerischen Landtagsfraktion der Sozialisten besolgte und von den Genossen sanktionierte Kompromiß entgegenhalten: wenn nicht ein Mehreres erreichbar ist, begnügt man sich mit weniger, wenn dies einen erheblichen Fortschritt darstellt, und gefährdet auch nicht die Erreichung eines solchen Fortschritts durch zwecklose Demonstrationen zur unrechten Zeit.

Aber freilich, die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Bayern hat ihr Kompromißsystem auch dahin ausgedehnt, daß sie unter Umständen auch einen erheblichen Fortschritt, eine Verleugnung des eigenen Programms sanktioniert, wenn dieser Rückschritt gleichzeitig verbunden ist mit gewissen Fortschritten in anderen Richtungen. Diese Art, Kompromisse zu schließen in Programmsfragen, ist man auf freisinniger Seite nicht gewöhnt. Diese Art von sozialdemokratischer Kompromisspolitik erinnert mehr an die Kompromisspolitik, welche von rechtsnational-liberaler Seite zum Schaden unserer inneren Entwicklung vielfach in dem letzten Jahrzehnt der Bismarckschen Politik geübt worden ist.

Die Freisinnige Zeitung trifft hier mit der Scharfsichtigkeit des politischen Gegners den springenden Punkt der bayerischen Wahlrechtsreformfrage. Man darf neugierig darauf sein, was

der Vorwärts, der die Zustimmung zur bayerischen Wahlrechtsreform materiell billigt und nur formell tadelt, daß diese Zustimmung höchst un diplomatisch und vorzeitig in einer die Wahlrechtsreform erst vorbereitenden Resolution gegeben worden sei, zu dieser freisinnigen Beurteilung der Bayerfrage sagen wird.

**Die geräuschvolle Attade,** die Graf Posadowski in der Freilagung der Postarbeitskommission gegen die Sozialdemokraten geritten hat, stellt sich bei näherem Zusehen als ein taktisches Manöver dar, das dazu bestimmt ist, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der Unsichtbarkeit des Tarifentwurfs abzulenken und der Sozialdemokratie die moralische Schuld an dem Mißerfolg der Regierung zuzuschreiben. Weiter hatte der ganze Mann offenbar keinen Zweck. Die Regierung macht sich also auf die Möglichkeit gefaßt, daß der Tarifentwurf nicht mehr zu parlamentarischer Erledigung gelangt.

**Reaktionäre Schlepperdienste** zu verrichten, schließt sich wieder einmal das Centrum an. Die Korrespondenz für Centrumsbücher erklärt eine Verlängerung der Reichstagsmandate über den Juni 1903 hinaus durch ein besonderes Verfassungsgesetz für rechtlich zulässig. Die Wiederholung der außerordentlichen Maßregel von 1870 sei lediglich eine Frage der Zweckmäßigkeit. Die Gesetzgebung brauche aber eine solche Verlängerung nicht herbeizuführen und solle es auch nicht. Der Kampf über den Posttarif müsse mit anderen Mitteln geführt werden.

Von diesem akademischen Rechtsgutachten bis zur praktischen Empfehlung des kleinen Staatsreiches der Reichstagsverlängerung ist nicht mehr weit, zumal wenn man die Fixigkeit der Centrumsfaktion besitzt.

**Das preussische Dreiklassenwahlrecht und die Obstruktion der Wähler.** Der in jüngster Zeit von sozialdemokratischer Seite geführte Nachweis, daß bei dem bestehenden Wahlsystem in Preußen die Wahlhandlung in zahllosen Bezirken verlustlos verlaufen muß, wenn nur die Wähler auf strenge Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften dringen, hat in „maßgebenden Kreisen“ starke Bedenken hervorgerufen, die allerdings bis jetzt noch wenig in die Öffentlichkeit gedrungen sind. Nun veröffentlicht der Vorwärts eine Petition des Magistrats von Charlottenburg an das preussische Abgeordnetenhaus, die das Ausschreiben der Stadt Charlottenburg aus dem Wahlkreis Teltow-Beeskow mit derselben Begründung verlangt und überhaupt eine Teilung der bestehenden Wahlkreise, namentlich in den Industriebezirken, anregt. Bei dieser Gelegenheit wird die Thatsache festgestellt, daß bereits 1898 das Wahlgesetz in ungeschicklicher Weise durchgeführt worden ist, weil sich die Unmöglichkeit der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften praktisch herausstellte. Die Ueberlebtheit des elendesten aller Wahlsysteme ist also jetzt offiziell festgestellt worden.

**Neues vom Hasen- und Kaninchenkriegschauplatz.** Die Behörde in Marienwerder hat den Vertrieb eines Bildes inhibiert, welches Christus unterm Kreuz darstellt, wie er traurigen Angesichts eine vor ihm sitzende Frauengestalt, die allegorische Figur für das Polentium, umfaßt und tröstet. Außerdem befinden sich auf dem Bilde zahlreiche Darstellungen aus der polnischen Geschichte. Sämtliche Exemplare, die zu erlangen waren, wurden beschlagnahmt.

Nach den polnischen Gymnasialprozessen kommen nun, wie der Berliner Volkszeitung aus Posen berichtet wird, voraussichtlich politische Prozesse gegen polnische höhere Töchterherrscherinnen. Bekanntlich wurden die polnischen Gymnasialisten angeklagt und verurteilt, weil sie in geheimen Circeln polnische Literatur und Geschichte getrieben hätten. Jetzt werden in Gnesen seitens der Behörden umfassende Nachforschungen angestellt, ob die Gnesener polnischen höheren Töchterherrscherinnen nicht im Geheimen gemeinschaftlich polnische Literatur treiben und politische Geschichte lernen.

Wie man sieht, wird die Bekämpfung der polnischen Gefahr im Osten von großen nationalen Gesichtspunkten aus betrieben.

**Eine dunkle Geschichte.** In Breslau eröffnete Ende 1900 ein Oesterreicher ein neues elegantes Café im Wiener Styl, das sich zunächst regen Zuspruchs erfreute. Der Besitzer sowohl wie seine Gattin waren nicht nur ihrer äußeren statlichen Erscheinung nach, sondern wegen ihrer nicht gewöhnlichen Lebensgeschickale weiteren Kreisen interessant. R. Januarius Fischer, so hieß der neue Kaffeehauswirt, war vor nicht langer Zeit aktiver österreichischer Hauptmann gewesen, hatte aber eines „Ehrenhandels“ wegen den Dienst quittiert, um nach einigen Kreuz- und Quersfahrten mit der frei gewordenen Heiratskautions Breslauer Kaffeehauswirt zu werden. Seine Gattin Stephanie, die Tochter eines österreichischen Feldmarschallleutnants, die Fischer als Oberleutnant geheiratet hatte, blieb getreulich an seiner Seite. Am 8. Januar 1902 wurde Fischer in Breslau verhaftet und in Polizeigewahrsam genommen, weil die Staatsanwaltschaft zu Wien seine Auslieferung wegen versuchter Erpressung forderte. Der Rechtsbeistand des Verhafteten protestierte gegen die Auslieferung, da in dem gegebenen Falle die deutschen Gerichte zur Aburteilung der angeblichen Straftat zuständig seien. Fischer hatte in Breslau seinen Wohnsitz und sein Geschäft und hatte von hier aus die Briefe geschrieben, in denen man in Wien, wohin sie gerichtet waren, die Erpressung finden wollte. Die Staatsanwaltschaft schloß sich denn auch der Auffassung des Rechtsbeistandes Fischers an und beantragte gleichfalls, die Auslieferung abzulehnen. Trotzdem erfolgte, und wie die Breslauer Morgenzeitung wissen will, auf Anordnung der preussischen Minister des Auswärtigen und der Justiz, im Februar d. J. die Auslieferung Fischers an Oesterreich.

Die Rechtsgründe für die Auslieferung zu erfahren, wäre sehr interessant und um so interessanter, wenn man erfährt, daß in dieser dunklen Erpressergeschichte ein österreichischer Erzherzog eine Rolle spielt. Fischers Vater ist nämlich ein hoher Beamter im Dienste des Erzherzogs Rainer, und der Erzherzog war Laupate Fischers, beschenkte ihn als Kind immer sehr reich und interessierte sich in hohem Maße auch später für Fischer, der mit durch des Erzherzogs Einfluß seine Frau, die Tochter eines hohen Militärs, sich erlangt. Fischer hatte nun aus Tagebuchblättern seines angeblichen Vaters und auch aus mancherlei anderen Beweismitteln die Ueberzeugung gewonnen, daß er ein natürlicher Sohn des Erzherzogs sei, und diese Ueberzeugung veranlaßte ihn, als er in Breslau in geschäftliche Schwierigkeiten geriet, sich brieflich um Hilfe an seinen vermeintlichen Erzeuger, den Erzherzog, zu wenden. Die Folge war die Verhaftung und Auslieferung Fischers. Dieser wurde im Wiener Landesgericht von anderen Häftlingen streng gehandelt, wurde allein zum Spaziergang geführt und stand unter besonderer Bewachung. Nach einiger Zeit wurde Fischer auf das Gutachten einiger Ärzte, daß er an fortschreitender Gehirn-

erweichung leide und sein Zustand gemeingefährlich sei, aus dem Gefängnis in die Landes-Irrenanstalt überführt, wo er vermutlich seine Tage beschließen wird.

Ob Fischer wirklich irrsinnig war, wird wohl kaum mehr festgestellt werden. Seine zahlreichen Breslauer Bekannten haben allerdings keine Anzeichen der Geisteskrankheit an dem Unglücklichen bemerkt. Er glaubte fest an seine Abstammung vom Erzherzog Rainer, und dieser Glaube wurde von seiner Gattin geteilt. Die darauf bezüglichen Dokumente wurden Fischer bei seiner Verhaftung abgenommen; sie sind wahrscheinlich mit nach Oesterreich ausgeliefert worden, so daß nunmehr Fischers Gattin, die mit aller Energie für ihren Gatten kämpfte, völlig wehrlos geworden ist.

Vielleicht könnte durch eine Interpellation im preussischen Landtage etwas Licht in die dunkle Geschichte gebracht werden. Mindestens sollte der Versuch gemacht werden, die Rolle festzustellen, die die preussische Behörde in dieser Angelegenheit spielte.

**Behördliche Galanterie.** Für Sonntag den 20. Juni war in Tiefenhort (Kreis Buzlau) eine Volksversammlung angemeldet worden. Daraus kam vom Amtsvorsteher das Verbot der Versammlung. Auf eine Beschwerde wurde das Lokal durch Sachverständige besichtigt, und der Landrat teilte dem Einberufer mit, die bautechnischen Mängel seien nicht so groß, um ein Versammlungsverbot zu rechtfertigen. Der Amtsvorsteher hob nun sein Verbot folgendermaßen auf:

Von der Anmeldung der Sonntags den 20. dieses Monats nachmittags 4 Uhr im Saale der hiesigen Brauerei stattfindenden Volksversammlung Kenntnis genommen.

Da jedoch die Zugänge zu dem Saal nach Entschieden des Kreis-Baumeisters den feuer- und baupolizeilichen Vorschriften nicht entsprechen, so wird eine Teilnahme von Frauen an der Versammlung untersagt, und würde eine Zuwiderhandlung die Auflösung der Versammlung nach sich ziehen.

Da der Amtsvorsteher die Versammlung tagen lassen muß, so will er wenigstens die weiblichen Versammlungsbesucher vor der Gefahr, verbrannt oder erschlagen zu werden, schlagen. Ob freilich die Oberbehörden die Logik in diesem zarten Entgegenkommen gegenüber den Frauen würdigen werden?

**Ein Schulaufsatz über die „unzufriedenen Bergleute“** wird der Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung von einem Leser in Dahlfhausen zur Verfügung gestellt. Der Aufsatz, welcher von den Schültern einer Klasse in Niederhollhausen nach Angabe des Lehrers angefertigt worden, ist nicht nur charakteristisch für die Person des Lehrers selbst, sondern auch für die Art, wie die Autorität der Eltern bei den Kindern durch die Schule untergraben wird und wie in die kleinen Kinderherzen durch läugerliche Verdrehung der Wirklichkeit der Keim für die schwersten seelischen Konflikte gelegt wird. Hier der Aufsatz, den Bergmannskinder, von denen sich manche bei den gegenwärtigen hohen Löhnen ihrer Väter nicht mehr halten können, auf Geheiß ihres Lehrers anfertigen mußten:

- Einleitung.**
1. Der religiöse Verdienst der Bergleute.
  2. Die Reden der Unzufriedenen.
  3. Die Bedrohung.
  4. Die Folgen.
  5. Das Einsehen des thörichten Handelns.

**Ausführung.**

1. Die Bergleute einer großen Grube gingen ihrer Arbeit regelmäßig nach. Sie verdienten hohe Löhne, so daß sie bei mäßiger Lebensweise monatlich Geld zurücklegen konnten.

2. Aber einige Unzufriedene waren unter ihnen. Diese sagten: Was sollen wir uns abmühen, daß die Herren Gewerke reich werden. Wir arbeiten nicht mehr, sie sollen merken, wie sehr sie uns brauchen.

3. Viele andere hörten auf die losen Reden und legten die Arbeit nieder. Aber noch arbeiten wollte, wurde bedroht, und bald kam keiner mehr zur Arbeit.

4. Nun wurden die Maschinen stillgesetzt, und die Förderung hörte auf. Das Geld, welches die Bergleute noch vom letzten Lohnstag hatten, war bald verzehrt. Es herrschte bald in den Arbeiterfamilien große Not. Frauen und Kinder schrien nach Brot.

5. Da saßen die Bergleute bald ein, wie thöricht sie gehandelt hatten. Sie gingen wieder zur Grube und nahmen die Arbeit wieder auf. Jetzt behauerten sie, mehrere Wochen keinen Verdienst gehabt zu haben. Sie hatten die Lehre des Sprichwortes erkannt: „Friede ernährt, Unfriede verzehrt.“

Diese kapitalistische Pöbellogik grenzt doch wahrlich an groben Unfug und verdient den allerhöchsten Protest.

**Neue politische Nachrichten.** Der ehemalige Führer der Filipinos, Aguinaldo, ist freigelassen worden. Ein Transportschiff wurde nach der Karolineninsel Guam beordert, um die dorthin deportierten Filipinos abzuholen.

**Großbritannien.**

**Brot und Spiele. — Die Ordnung. — Das Kapparlament.**

London, 5. Juli. Das Königsmahl für eine halbe Million Londoner Armer fand heute, vom schönsten Wetter begünstigt, statt. Es waren dazu alle öffentlichen Hallen und zahlreiche Exerzierplätze, Schul- und ähnliche Gebäude in Anspruch genommen; außerdem waren in den öffentlichen Parks 880 große Zelte aufgeschlagen worden. nahezu alle der größeren Festveranstaltungen wurden von den verschiedenen Mitgliedern der königlichen Familie besucht. Bei allen wurde die Hofhaft des Königs an den Lordmayor verlesen, worin er bedauert, daß es ihm seinem Wunsche entgegen nicht möglich sei, selbst unter seinen Gästen zu weilen. Er hoffe, sie würden sich gut unterhalten.

Die Blätter veröffentlichen eine halbamtliche Note der Central News, worin mitgeteilt wird, daß das Datum der Krönung in einigen Tagen festgestellt wird. Nachdem die Kräfte der Krönung für außer Gefahr befriedlich erklärten, haben bereits verschiedene Besprechungen stattgefunden. Wie weiter verlautet, soll die Flottenschau Anfang September stattfinden.

Heute wurde im Parlament ein Weißbuch ausgegeben, welches die Depesche Chamberlains an den Gouverneur der Kapkolonie Guthinson enthält, in der Chamberlain zu der Bitte des Gouverneurs, in der Kapkolonie zeitweilig die Verfassung aufzuheben, Stellung nimmt. Chamberlain bemerkt darin, daß die Suspendierung der Verfassung einer verantwortlichen Verwaltung der Kolonie ohne Beispiel sei und nur durch einen Akt des Reichsparlamentes möglich gemacht werden könne. Ueberdies habe nur die Minderheit der Mitglieder des Kap-Parlamentes die Petition unterzeichnet und seien alle Minister der Kapkolonie dagegen. Ein Indemnitätsgesetz sei erforderlich, um die während des Kriegszustandes getroffenen Anordnungen zu sanktionieren und die Ausgaben nachträglich zu bewilligen, welche ohne Ermächtigung des Parlamentes gemacht seien. Die Reichsregierung gebe sich der Hoffnung hin, daß das Kap-Parlament jegliche Bitterkeit und jeglichen Rassenzwist bei der Erörterung dieser Fragen vermeiden werde in Erkenntnis dessen, daß gegen-

seitige Beschuldigungen bezüglich des Vergangenen zu nichts Gutem dienen könnten. Die Annahme sei nicht zu rechtfertigen, daß das Parlament der Kolonie die Genehmigung der zur Beruhigung des Landes nötigen Maßnahmen verweigern werde. Daher stimme die Reichsregierung den Ministern der Kolonie dahin bei, daß es angebracht sei, das Parlament der Kolonie sobald als möglich einzuberufen. Die Reichsregierung schließe sich dieser Anschauung um so bereitwilliger an, als sie versichert sei, daß der ernste Wunsch bestehe, weiteren Streit zu vermeiden und die durch den Krieg erregten Leidenschaften zu beruhigen.

**Rußland.**

**Das Ende eines Feldes.**

XXX Ueber die Kriegsgerichtsfindung, in der Dajma-sche in verurteilt wurde, können wir folgendes mitteilen: Der Vorsitz des Gerichts führte General Osten-Saden. In den Verhandlungen hatten nur wenige Zutritt erhalten. Auf die Frage des Vorsitzenden nach dem Namen des Angeklagten und ob er sich für schuldig anerkenne, antwortete Dajmasche, daß er die Thatsache des Mordes nicht ableugnen wolle, er sei aber ohne Schuld. Sodann wird zur Verlesung des Anklageaktes geschritten, aus dem hervorgeht, daß Dajmasche in Pinea geboren worden ist, wo der Vater und die Mutter in der Verbannung lebten. Seine Schulbildung genoss Dajmasche in dem Sarcatorer Gymnasium, kam dann auf die Universität Kasan und später nach Niemi. Hierauf wird das Tagebuch des Angeklagten verlesen, in dem die seelische Verfassung des Angeklagten geschildert ist. Die Stellen aber, in der die Rede über den Jaren ist, werden ausgelassen. Es tritt eine Pause ein. Vor dem Beginn der nächsten Sitzung unterhält sich Dajmasche mit seinem Verteidiger, der ihm mitteilt, daß seine Mutter ihm während der Pause habe zu seinem Geburtstag gratulieren wollen, worauf D. lächelnd geantwortet hat, daß wohl wenige an ihrem Geburtstage ein solches Geschenk erhalten wie er. Ueberhaupt hat Dajmasche auf die Anwesenden im Saal einen tiefen Eindruck durch sein ruhiges Verhalten und seine Kaltblütigkeit gemacht. Auf alle Fragen und Forderungen des Gerichts, den Anklageakt zu vervollständigen, beantwortet Dajmasche abschlägig. Der Procurator trug nichts Besondere vor. Er verwies lediglich darauf, daß für das Kriegsgericht die Minderjährigkeit des Angeklagten nicht in Betracht kommen könne. Er müsse zum Tode verurteilt werden. Der Verteidiger leugnet die Schuld seines Klienten nicht, er erhebt aber zu gleicher Zeit Anschuldigungen gegen das bestehende Regime. Das russische Leben habe sich sehr anormal zusammengesetzt, führte der Verteidiger aus, besonders stark laste es aber auf dem Volk. Nichts bringe in die Presse. Niemand wisse, was um ihn her vor sich geht. Einerseits tödliche diejenigen, die regierungsfreundlich sind, die ganze Schuld auf die revolutionäre Propaganda. Andererseits wiederum beschuldigen die revolutionären Elemente in allem die Regierung. Die Regierung müsse die Schuld in dem Falle Sibjagin auf sich nehmen. Im zweiten Teil seiner Rede führt der Verteidiger aus, man wisse in Rußland nicht, welchem Gesetz man eigentlich unterstehe. Mögen die Gesetze noch so streng sein, mögen sie unbarmherzige Sühne fordern, man müsse aber immer wissen, auf Grund welchen Gesetzes man abgerichtet wird. Im vorigen Jahre ist der volljährige Mörder des Ministers Bogoljepow vor ein gewöhnliches Strafgericht verwiesen worden. Jetzt steht ein Minderjähriger vor einem Kriegsgericht, das über ihn die Todesstrafe aussprechen will. In seinem letzten Wort, das Dajmasche erhält, schildert er kurz und ruhig die Atmosphäre, in der er aufgewachsen ist. Das ganze russische Leben habe ihn zu dem politischen Kampf vorbereitet. An allem frage die Regierung schuld. Nach einer kurzen Beratung von zwei Minuten verkündete das Gericht das Todesurteil, das von dem Angeklagten mit derselben Ruhe entgegengenommen wurde, die er während der ganzen Gerichtsverhandlung gezeigt hatte. Der Vorsitzende machte außerdem bekannt, daß er in zwei Stunden Dajmasche das Urteil mit eingehender Motivierung vorlesen werde. Am selben Tage reichte Dajmaschets Mutter ein Gesuch um Begnadigung ein, was ihr aber nur mit großer Mühe gelang, denn der Chef der Bittschriftenkanzlei wollte das Gesuch nicht annehmen. Nikolaus soll erklärt haben, er werde den Verurteilten begnadigen, wenn dieser selbst das Gesuch einreichen wolle. Der Ministerpräsident ist hierauf zu Dajmasche nach der Festung gefahren und hat ihn dazu zu bewegen gesucht. Dajmasche wies aber das Ansuchen zurück. Der Ministerpräsident hat Dajmaschets Mutter erklärt, sie habe nicht einen Sohn, sondern ein Stück Basalt, er habe während seiner Beurlaubung keinen trostigeren und über eine größere Willensstärke verfügenden Menschen gesehen, wie Dajmasche. Zu dem Geistlichen Petrov, der ihn ebenfalls zu bereden suchte, äußerte sich Dajmasche: „Ich sehe, daß es Euch schwerer fällt, mich zu erhängen, als mir zu sterben. Ich brauche von Euch keine Gnade.“

Wer das Buch: Das unterirdische Rußland von Stepanoff gelesen hat, dem wird wohl nie der Brief, den die Teilnehmerin des Anschlags auf Alexander II. Perotskaja an ihre Mutter schrieb, aus dem Gedächtnis entweichen. Ähnliche Zeilen wie jene können wir heute an dieser Stelle veröffentlichen. Es ist der Brief, den Dajmasche nach der Ausführung des Beschlusses der Sturmkolonne der Partei der Sozialisten-Revolutionäre an seine Eltern gerichtet hat. Er schreibt:

Meine Lieben! Ich benutze eine glückliche Gelegenheit, um Euch einige Zeilen zu schreiben, in der Hoffnung, daß sie in Eure Hände kommen. Das Geschehnis des 2. April und meine Beteiligung an ihm hat Euch gewiß wie ein unerwarteter Schlag mit scharfem Schmerz getroffen. Doch wagt nicht die ganze Last des Vorturfs auf mich. Die unerbittlichen, keine Schonung kennenden Verhältnisse des russischen Lebens haben mich zu einer solchen Handlung geführt. Sie haben mich gezwungen, Menschenblut zu vergießen, und was die Hauptsache, Euch in Euren alten Tagen durch den Verlust des einzigen Sohnes unerbittliche Leiden zuzufügen. Wie unermessen glücklich würde ich jetzt sein, nachdem ich meine Pflicht als Bürger erfüllt habe, wenn mich nicht der Gedanke über Euch betrübte, über die seelische Qual, die Ihr jetzt ertragen müßt, niederbrückte. Aber ungeachtet dessen, daß die klare Fassung meines Geistes und das Bewußtsein, die Forderung meines Gewissens erfüllt zu haben, durch das bittere Gefühl verfinstert wird, daß Ihr leiden müßt, dennoch bereue ich, verzeiht sich, meine That nicht. Nicht ich bin berufen, Euch die Bedeutung des Kampfes mit dem größten und schädlichsten Repräsentanten des absolutistischen Regimes zu erläutern, nicht ich werde Euch über die Notwendigkeit von Opfern in diesem Kampf sprechen. Die knirschenden Zustände der gegenwärtigen russischen Wirklichkeit fordern nicht nur materielle Opfer, sie nehmen den Eltern ihre einzigen Kinder. Ich opfere mein Leben der großen Sache der Erleichterung des Schicksals der Arbeitenden und Bedrückten. Und dies, glaube ich, giebt mir die moralische Rechtfertigung, wenn ich gegen meine heißgeliebten Eltern grausam gewesen bin. Es möge das Bewußtsein der Bedeutung meiner Handlung Euch, meine Eltern, den natürlichen Nummer fünfzig. Zum Schluß wende ich mich an Euch mit einer Bitte, wenn ich auch begriffe, wie schwer sie zu erfüllen ist. Was mit mir auch geschehen möge, seid eben so ruhig und stark wie ich es bin. Es kann sein, daß Euch Ruhe zu mir durch die dicken Wände des Gefängnisses dringt und meinen Schmerz über Euch mildert.

Petersburg, den 3. April 1902.

St. P. (Fortsetzung in der Beilage.)

Hierzu eine Beilage.

# Achtung, Maurer!

Dienstag den 8. Juli abends 8 Uhr  
**Oeffentl. Versammlung**  
 im Saale des Pantheon, Dresdener Straße.  
 Tagesordnung: 1. Die gegenwärtigen Streiks und Aussperrungen im Baugewerbe. 2. Innere Verhältnisse.  
 NB. Die Kollegen werden ersucht, die Mitgliedsbücher zur Abstempelung vorzulegen.  
**Der Einberufer.**

# Achtung, Steinarbeiter!

Dienstag den 8. Juli abends 7 Uhr  
**Oeffentliche Steinarbeiter-Versammlung**  
 im Wüthischen Hofe, Mittelstraße.  
 Tagesordnung: 1. Bericht vom Gewerkschaftsbund in Stuttgart. 2. Bericht: Kollege Paul Starke. 3. Wahl des Vertrauensmannes. 4. Wahl von drei Central-Ausführungsmittgliedern. 5. Gewerkschaftliches.  
 NB. Die Tagesordnung ist so wichtig, daß kein Kollege fehlen darf und pünktlich erscheinen muß.  
**Der Vertrauensmann.**

# Konsumverein für Zwenkau u. Umg.

(Eing. Gen. m. beschr. Haftpflicht).  
 Mittwoch den 10. Juli 1902 abends 7/9 Uhr  
**Ausserordentliche Generalversammlung**  
 im Gasthof zum goldenen Löwen in Kötzschbar.  
 Tagesordnung:  
 Zurückzahlung der Kaution des Lagerhalters Schindler betreffend.  
 Zutritt haben nur Mitglieder.  
**Der Vorstand.**  
 Ernst Weber, Robert Staade.

**Restaurant zur Sophienburg,** Sophienstraße 20.  
 Neu renoviert. [6342]  
 Haumannsches Lager und Pilsbier, Kulmbach.  
 Um freundschaftlichen Zuspruch bittet  
**Karl Hintersdorf.**

**Telegramm**  
 Sie kaufen Ihre Schuhe von uns. Wir verkaufen Ihre Schuhe billiger als sonst.  
 20. Nicolivstraße  
 9989

**Wahre Mutterliebe**  
 anfertigt sich darin, daß den Kindern, besonders den Kranken, nur die erprobt gefündeste Nahrung verabfolgt wird, wie als solche Garms' Leipziger Chalybia-Hafereis auch ärztlich anerkannt ist. Für rachitische und schwächliche Kinder: Nährsalz-Hafereis. Man achte jedoch stets auf die Verabfolgung in Originalpacketen mit dem gel. gelb. Wasserzeichen „Chalybia“, sowie bei eventuel. Scheinbarem Nachahmung mit anderen Bezeichnungen, auf den eigenen liebtlich-fürlichen Wohlgeschmack des Chalybia-Hafereis.  
**Sanitäts-Bazar „Chalybia“, Rathausring 1, I. und Vorort-Filialen.**

**Bruchleidenden** PARIS 1896.  
 empfehle meine solid und dauerhaft gearbeiteten, Tag und Nacht tragbaren  
**Gürtelbruchbänder ohne Federn**  
 LEIB- und VORFALLBINDEN. Für jeden Bruchschaden Extraanfertigung. Ausserordentlich zahlreiche Anerkennungschriften. Kein Druck wie bei Federbändern. Mein Vertreter ist wieder mit Mustern anwesend in Leipzig, Sonnabend den 12. Juli, 8 bis 5 Uhr und Sonntag den 13. Juli, 11 bis 2, **Hotel Herzog Ernst, Georgenstrasse.** [6344]

**Gemeinnütziger Verein Deutscher**  
 Dienstag den 8. Juli abends 9 Uhr  
**Oeffentl. Versammlung**  
 im Restaurant Sopsenblüte.  
 Tagesordnung:  
 1. Steuerberichtigung und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag: Die Marktschiffe, die Zeit ihrer Entstehung und ihre Wirkung. 3. Gemeinderatsbericht. 4. Bericht über das vergangene Halbjahr. 5. Vereinskassendruck.  
**Der Vorstand.**

**Reparaturen**  
 an Uhren jeder Art, nur streng solide Ausführung und unter Garantie bei  
**Gustav Kaniss**  
 Uhrmacher, Tauchaer Straße 6.  
 Erfolgr. Behandlg. aller geheimen Weiden, Ausschläge, selbst verschuldete Schwäche, Haru, Haut- u. Haarsleiden. [6314] **Schumann**, 11-1 u. 6-9. Ranstädter Steinweg 5

**Warzen und Gewächse** besichtigt: **Ernst Ulrich**, Barbier, Gde. Poststr. und Brandvorwerkstr. Heute sind die ersten [6348]

**Neuen Bratheringe** eingetroffen in herrlicher Qualität und schönen großen Stücken. Ich offeriere dieselben Händlern und größeren Konsummenten als etwa sonst irgendwo mit 1,75 Mk. per Dose. [6343] **Sceestern** Halleische Straße 1.

**Reparaturen** an Uhren jeder Art, nur streng solide Ausführung und unter Garantie bei **Gustav Kaniss** Uhrmacher, Tauchaer Straße 6. Erfolgr. Behandlg. aller geheimen Weiden, Ausschläge, selbst verschuldete Schwäche, Haru, Haut- u. Haarsleiden. [6314] **Schumann**, 11-1 u. 6-9. Ranstädter Steinweg 5

**Fahrrad-Mechaniker Frenzel**  
 Zeltzer Str. 31 - Eisenbahnstr. 31 repariert, vernichtet, emailliert Fahrräder aller Fabrikate u. liefert alle Ersatzteile sachgemäß und billig. **Neue Fahrräder** von 110 Mk. an unter Garantie. [2853] **Luftschläuche** von 3,75 Mk. an. **Laufdecken** von 6,25 Mk. an. **Glocken** von 30 Pfg. an. **Lampen** von 1,25 Mk. an. Seit 12 Jahren grüßte, beste u. billigste Reparatur-Werkstatt.

**Herren-Anzüge** Circa 1500 moderne Damen-Umhänge Jacketts u. Paletots. Anzahlung von 5 Mark an nur bei **N. Fuchs** Leipzig Kurprinzstr. 13, I.

Aufpolstern von Sofa 6 Mk., Matratzen 3 Mk. an. Os. Müller, Bahrg., Halleische Str. 33.

# Warnung betr. Citronensaft.



Es wird in neuerer Zeit Citronensaft in marktverweirlicher Weise als „alkoholfrei, naturrein, ohne jeden Zusatz“ in den Zeitungen ausgeben. Das städtische chemische Untersuchungsamt zu Dresden fand bei diesem Saft einen nach dem Gesetz verbotenen hohen Salicylsäurezusatz vor und bezeichnete die Handlungsweise des betreffenden Lieferanten als verwerflich. **Salicylsäure ist gesundheitsgefährlich!** Anderer untersuchter Citronensaft war nur eine Lösung von kryst. Citronensäure in Wasser, als „künstlich“ und absolut ganz wertlos zu Kurzwecken etc. — Auch ein im Laboratorium von Langkopf untersuchter als „naturrein“ bezeichneter Citronensaft war nur in Brunnenwasser gelöste Citronensäure und war dazu, der Haltbarkeit wegen, ebenfalls mit Salicylsäure versetzt, also nicht nur absolut wertlos, sondern ebenfalls gesundheitsgefährlich! **Achtung daher!** Diese Fabrikate sind weit verbreitet; es giebt thatsächlich fast gar keinen „naturreinen“ Citronensaft im Handel. — Mein Natur-Kur-Citronensaft ist absolut garantiert reiner natürlicher Citronensaft und wird diesbezüglich wiederholt auf die Untersuchungen der Kaiserlichen Marine und der Chemiker verwiesen. Auf der Reise und in der Sommerfrische ist derselbe unentbehrlich für Limonaden, Salate etc. **Paul Garms, Sanitäts-Bazar Thalysia, Leipzig, Rathausring 1, I., und Vorort-Filialen: Gohlis, Halleische Strasse 81; Neureudnitz, Dorotheenstrasse 30; Volkmarndorf, Kirchstrasse 84; Plagwitz, Zschocherstrasse 20; Lindenau, im Lindenbad.** [6341]

## Leipziger Buchdruckerei

Aktiengesellschaft  
 Tauchaer Strasse 19-21 • Leipzig • Tauchaer Strasse 19-21  
 hält sich bei Bedarf bestens empfohlen.

<b>Abteilung Buchdruckerei.</b> Anfertigung von <b>Druckarbeiten aller Art</b> zu billigen Preisen: <b>Formulare, Karten, Programme Statuten, Plakate, Cirkulare Prospekte etc.</b> Durch die neuesten maschinellen Einrichtungen sind wir in die Lage versetzt, auch die größten Aufträge in denkbar kürzester Zeit zu liefern.	<b>Abteilung Buchhandlung.</b> Beforgung von <b>Litteratur-Erzeugnissen</b> des In- und Auslandes. <b>Specialität: Arbeiter-Litteratur</b> komplett und in Lieferungen. Büchertischen werden auf Wunsch Vorschlagslisten bereitwilligst zugestellt. Antiquar. Ankauf von Büchern wird vermittelt.
---	---

NB. Ganz besonders machen wir das lesende Publikum darauf aufmerksam, daß die Austräger und Austrägerinnen der Leipziger Volkszeitung angemessen sind. Bestellungen auf die beiden abwechselnd allwöchentlich erscheinenden sozialdemokratischen Beiblätter **Der wahre Jakob** und **Süddeutscher Postillon** entgegen zu nehmen. Preis pro Nummer 10 Pfg.

**Gr. Andw. präm. Anariendael,** Gedauer, Mist, Nest, Garp, Gierbrod, hochf. Sommerkräusen, 5 Pfd. 1.10 Mk., Str. 19 Nr. 1, Ameisenstr., Mehlw., ital. Gohlis. 10 Pfg. empf. **Max Kraft, Poststr. 18.**

**Erstlings-Wäsche**  
 Hemden . . . von 10 Pfg. an  
 Höschen . . . . . 20 „ „  
 Steckbretchen . . . 100 „ „  
**Hugo Blum, Wäschefabrik**  
 Leipzig, Reichstraße 9.

**Uhren-Reparaturen**  
 auch an Gold- und Schmuckstücken, sachgemäß schnell und billig bei  
**Alex. Schmidt,** Dresdener Str. 65. Uhrmacher.

**Bettstelle mit Matratze**  
**Schränke**  
**Bertikos**  
**Kommoden**  
**Küchenschränke**  
**Sofas**  
**Divans**  
**Chaiselongue**  
**Spiegel**  
**Kinderwagen**  
**Uhren**  
**Regulateure** 5806] mit **5 Mark** Anzahlung nur bei **S. Osswald** Königsplatz 7, I. vis-à-vis der Markthalle.  
 Hand- u. Leiterwagen v. W. J. Joch, Str. 31b. Hand- u. Geschäftsw. v. b. Reusch, Kirchstr. 67.

**Käufe und Verkäufe.**  
**Sichere Existenz.**  
 Ein Kolonialwarengeschäft ist verhältnismäßig billig zu verkaufen. Offerten unt. 200 an d. Exp. d. Leipziger Volksztg.

**Billigstes Angebot!**  
 Normalhemden und -Hosen  
 Macoshemden und -Hosen  
 Socken in Wolle, Wigogne und Baumwolle, Hosenträger  
 Krautwatten, Handschuhe  
 Kragen, Manschetten  
 Taschentücher, fertige Bettwäsche, Bettdecken  
 Strumpfgarne, Korsetts  
 Handschuhe etc. [6355]  
**in großer Auswahl.**  
 Vorzeiger dieses Inserats erhalten 5 Prozent Rabatt.  
**Hermann Blumenfeld**  
 2 Zeltzer Str. 2.

**Kleidersekr. 25, Vert. 28, Pilsch-Ottom. 45, Bettstelle m. Matratze 10 A. Burgstr. 9, I. Oberb., Untorb. u. Klassen 13 A. herrsch. Bett 18 A. Bettst. u. Matr. sehr bill. f. s. u. verf. Lindenau, Markt 17, Tr. A. I. r. Noch guter Küchenschrank billig zu verkaufen **Berliner Str. 13, II. I.**  
 2 einfache, aber noch guter. Sofa spottb. zu verkaufen **Berl. Str. 38, II. I.**  
 1 pracht. Bettstelle, Matratze, Obers. Unterbett u. Kissen, zusammen für 28 A. sof. zu verkaufen **Brühl 46/48, Vorderb.**  
 Prima Laufdecken 6,50 Mk., Prima Luftschläuche 5 Mk. Reparaturen an Fahrrädern schnell u. bill. **Schneider & Seidel, Kurprinzstr. 1.**  
 Nur Damenkleider in großer Auswahl billig zu verf. **Plagwitz, Mühlentstr. 31.** Fast neue Konzert-Gitarre zu verkaufen **Kleinböcker, Lutherstr. 7, VI.**  
 100 akust. Bandoneon, Fis-Dur, billig zu verkaufen **Volkmarndorf, Dast. 4, I.** Fast neuer 4 Manniger Petroleumkocher, 4 A. zu verkaufen **Kochstr. 30, I. Nr. 10 St. geb. Singer-Nähmaschinen** sowie mehr. Schneider- u. Schuhm.-Masch. billig zu verf. **Wägenstraße 20, S. I. I.**  
 Damen-Rover, wie neu, äußerst preiswert **Plagwitz, Weissenföhrer Str. 58, I. Nr. 1.**  
 Utilla-Strahlenreiner ist zu verkaufen **Sellerhausen, Jakobstr. 12 im Restaurant.****

**Unterh. Stgswagen** ist zu verkaufen **Volkmarndorf, Mariannenstr. 105, III. r.**  
**Kinderwagen** ist spottbillig zu verkaufen **Stütz, Grenzstr. 5, II. r.**  
**Unterh. Kinderwagen** weg. **Plagw. f. 9 A** zu verf. **Kleinböcker, Schloßweg 17, III. r.**  
 Junger Waghund und Stgswagen billig zu verkaufen **Büchelhausen 28, Ostg.**

**Wohnungsanzeigen.**  
 2 schöne Wohnungen, 300 u. 380 A. zu vermieten **Klisch, Rudolfstr. 34, I., Wollestr.**  
 Schöne gr. I. 2 fenstr. Stube bei anst. Frau sofort zu verm. **Plagwitz, Braustr. 43, III. I.**  
 2 fenstr. Stube als Schlafst. b. kinderl. Leut. zu verm. **Vindenu, Hermannstr. 19, II. r.**  
 Freundliche Schlafstelle für sol. Herrn zu vermieten **Bismarckstr. 6, Vorderb., III. I.**  
 Frdl. Schlafst. **Ranstädter Steinweg 21, pt.**  
 Freundliche Schlafstelle zu vermieten **Plagwitz, Gieserstr. 28, II. I.**  
 Freundliche Schlafstelle für Herrn zu vermieten. **Hofplatzstraße 18, IV. I.**  
 Junge Leute ohne Kinder suchen Stube, Kamin u. Küche bis z. 1./10 nicht über 180 A. Off. u. A. M. postl. **Kleinböcker.**

**Vermischte Anzeigen.**  
 Wer schnell eine Stellung in der Schweiz oder in Frankreich finden will, wende sich an die **Agentur David in Genf.** [6181]  
 Eine perfekte Blätterin sofort gesucht. **Plagwitz, Gieserstr. 30, Hof I.**  
**Goldenes Armband** Sonntag nachm. im Garten des Schützenhauses **Sellerhausen** verloren. Finder w. geb. d. d. geg. Bel. abg. **Gohlis, Vindenuhler Str. 37, III. r.**

**Familienanzeigen.**  
 Unserem lieben Sohn u. Bruder **Karl Reich** herzl. Glüdw. z. 30. Geburtstag.  
 Zurückgekehrt vom Grabe unserer einzig geliebten Tochter **Elsa Frida**  
 sagen wir allen, welche ihren Sorgf. so überreich mit Blumen schmückten, unseren herzlichsten Dank. Diese Beweise herzlicher Teilnahme haben unseren wunden Herzen wohlgethan. Die aber, Unvergessliche, rufen wir ein Ruhe sanft nach. [6353] **Erika**, den 7. Juli 1902. Die im tiefsten Schmerz zurückgebliebenen Eltern **Julius u. Pauline Müller.**

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Schweden.

Die Wahlreform.

Stockholm, 6. Juli. Stockholms Dagblad erfährt aus guter Quelle, der Standpunkt der neuen Regierung hinsichtlich des Wahlrechts sei folgender: Der Censur soll abgeschafft werden; das Wahlrecht soll jedem unbescholtenen schwedischen Bürger ausstehen, der das 25. Lebensjahr vollendet und der Wehrpflicht sowie seiner Steuerpflicht genügt hat. Stadt und Land sollen die gleichen Bedingungen bezüglich ihrer Vertretung im Reichstage haben.

Sächsischer Landtag.

Zweite öffentliche Sitzung der II. Kammer vom Sonnabend den 5. Juli.

Erhöhung der Civilliste und Apanagen.

Abg. Dpitz schließt einleitend nach der Vorlage, in welcher Weise die Erhöhungen stattfinden sollen. Vorläufig würde für das Jahr eine Mehrausgabe von 440 000 Mk. zu verzeichnen sein; für spätere Finanzperioden aber würde sich durch den Mehraufwand eine dauernde Belastung von 800 000 Mk. ergeben. In der Begründung der Vorlage wurde angeführt, daß die Civilliste auch nicht annähernd mehr hinreiche, die verfassungsmäßigen Verpflichtungen der Krone zu erfüllen. Es wird ferner auf den langen Zeitraum hingewiesen, der zwischen der Gegenwart und der letzten Erhöhung der Civilliste liegt und erwähnt, daß der Geldwert seit dieser Zeit erheblich gesunken sei. Bei der Prüfung der Angelegenheit müsse man festhalten, daß die Frage für uns nicht eine ausschließlich finanzielle sein könne; es ist vielmehr auch eine Frage der garten Beziehungen, in welchen das Volk zu seinem Herrscher steht und die Zustimmung ein Akt monarchischer Zustimmung. Zum anderen muß als wesentlicher Gesichtspunkt in Frage kommen, daß das Bewilligungsrecht, das der Landtag gegenüber der Civilliste hat, einen anderen Charakter als das sonstige Bewilligungsrecht der Kammer aufweist. Wir dürfen die Civilliste des Königs nicht auflassen wie den Gehalt eines Beamten. Die Civilliste ist vielmehr eine Gegenleistung für die seiner Zeit erfolgte Abtretung der königlichen Forsten und Domänen an den Staat. Es herrscht deshalb auch vielfach die Meinung vor, daß die Civilliste ein Vertragsverhältnis zwischen den Ständen und der Krone darstelle. Ich will mich über die Berechtigung dieser Ansicht nicht näher auslassen, jedenfalls aber müssen wir diese Gründe beachten.

Durchschlagend für die Erhöhung der Civilliste ist der Hinweis darauf, daß seit 1874 der Geldwert erheblich gesunken ist und deshalb die Kosten für die verschiedenen Aufwendungen der Krone gestiegen sind. Wenn man das berücksichtigt, so kann man wohl behaupten, daß dasjenige, was den Beamten gewährt worden ist, dem königlichen Hause nicht vergütet werden kann. Wenn man ferner erwägt, daß der weitaus größte Teil der Civilliste nicht zu persönlichen Ausgaben, sondern zu Zwecken der Repräsentation verwendet wird, so muß man die Berechtigung der Erhöhungen ohne weiteres zugeben.

Die Regierung hat nun durch eine Aufstellung nachgewiesen, daß die Erträge aus den königlichen Forsten und Domänen jetzt wesentlich höher sind, als sie zur Zeit der Abtretung waren, dagegen mag sich allerdings einwenden lassen, daß der Bestand auch wesentlich erweitert worden ist. Allein die Aufkäufe sind nicht aus Staatsmitteln erfolgt, sondern aus Fonds bestritten worden, die wiederum aus den Erträgen des Staatsvermögens resultieren. Wenn wir nun erfahren, daß die Einkünfte aus diesen Besitzungen um das Sechsfache gestiegen sind, so wird man schon aus diesem Grunde der Regierung anerkennen müssen, daß eine Erhöhung der Civilliste und der Apanagen berechtigt ist. — Aus allen diesen Gründen bin ich von meinen politischen Freunden beauftragt, zu erklären, daß wir die Bewilligung der gestellten Forderungen als einen Akt der Notwendigkeit ansehen und unsere Zustimmung dazu geben. Eine andere Frage ist, ob die vorgeschlagene Erhöhung den Verhältnissen entspricht. Auch in dieser Beziehung und von diesem Standpunkte aus müssen wir, vorbehaltlich der Prüfung einiger Punkte, die Forderung als angemessen betrachten. Wir sind aber dem Lande und dem Volke schuldig, die Mehrforderung auf das eingehendste zu prüfen. (?) Wenn ich vom Volke spreche, so meine ich nicht jenen Teil des Volkes, der auch diese Gelegenheit benutzt, gegen die Monarchie zu schüren und den Haß gegen das Bestehende anzufachen, und dessen Presse jetzt so weit gegangen ist zu behaupten, die Erhöhung der Civilliste gehe von den Ständen aus. Eine eingehende Prüfung der Forderung ist aber notwendig, weil mit Recht vom Lande die Forderung geltend gemacht werden kann, daß die Mehraufwendungen in einem angemessenen Verhältnis zu den Staatsmitteln stehen müssen.

Was die Apanagen anbelangt, so liegen die Dinge hier noch prägnanter, denn es sind seit dem Jahre 1884 noch keinerlei Aufbesserung erfolgt. Was aber die Königin-Witwe betrifft, so möchte ich

die Ueberzeugung ausdrücken, daß das Volk es als eine Genugthuung empfinden wird, wenn die edle Frau eine Zuwendung erhält, um mehr noch als jetzt Elend mildern und Schmerzen stillen zu können.

Abg. Dr. Schill: Wenn ich den Anschauungen meiner politischen Freunde hier Ausdruck gebe und unsere Stellung zu dem vorliegenden Dekret in kurzen Zügen darlege, so fühle ich mich von einer gewissen Boghaftigkeit nicht ganz frei. Wir brauchen keine besondere Sehergabe zu besitzen, wenn wir sagen, daß die gegenwärtige Zeit, unmittelbar hinter einem Landtage, in dem wir uns so viel über die Finanznot des Staates unterhalten haben, nicht geeignet ist, Sympathie für eine Vorlage, wie die gegenwärtige, zu erwecken. Es giebt jedoch für eine Landesvertretung Aufgaben, wo sie die Pflicht hat, sachlich zu präzisieren, ohne nach der Meinung breiter Volksschichten zu fragen. Zu einer solchen Aufgabe gehört nach der Meinung meiner politischen Freunde auch die gegenwärtige Vorlage. Wenn wir uns der Vorlage gegenüber zustimmend verhalten, so beruht das auf folgenden Erwägungen: Wir haben davon ausgegangen, daß die rechtliche Basis, auf welcher die Civilliste und die Apanagen beruhen, uns gewisse Verpflichtungen auferlegt. Wohl müssen und können wir die Höhe der geforderten Summen präzisieren, aber wir können nicht nach völlig freiem Belieben schalten und walten. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Ausgaben der Krone in der Verfassung, dem Grundgesetz des Landes festgesetzt sind. Sie muß für die Löhne der Hofbeamten in bestimmter Höhe, den Bauaufwand und andere Ausgaben, aufkommen. Sie kann aber den Verpflichtungen nicht nachkommen, wenn die Zuwendungen in keinem Verhältnis zu den Ausgaben stehen. Daraus ergibt sich für uns die Notwendigkeit, die Civilliste so festzusetzen, daß der König den verfassungsmäßigen Anforderungen nachkommen kann. Die Regierung hat nun darauf hingewiesen, welche Veränderungen seit der letzten Festsetzung der Civilliste und der Apanagen zu verzeichnen sind und daß die Anforderungen ganz erheblich gestiegen sind. Wir können zugeben, daß nach allgemeinen Wahrnehmungen die Begründung im allgemeinen richtig ist, allein ich halte eine eingehende Prüfung noch für notwendig und schreibe mich dem Antrage meines Vorredners auf Ueberweisung der Vorlage an eine Deputation an. Zu der Beratung in der Deputation hätte ich nur noch den Wunsch, daß uns noch etwas mehr ziffernmäßiges Material über den Bauaufwand, die Löhne u. s. w., zur Verfügung gestellt wird. Dadurch wird der Deputation die Entscheidung erleichtert werden.

Ich möchte nochmals betonen, daß unsere Entschliebung nicht völlig frei ist und nicht nach Belieben gestaltet werden kann, sondern wir bis zu einem gewissen Grade gebunden sind, die Frage in angemessener Weise zu erledigen.

Was die Apanagen anbelangt, so stehen wir rechtlich etwas anders, denn hier nennt das Hausgesetz bestimmte Summen. Aber gerade hier muß uns die Zustimmung um so leichter fallen, wenn wir bedenken, daß die Summen, die 1884 ausbrechend gewesen sind, heute unter den obwaltenden Umständen nicht mehr ausreichen können. Darüber kann kein Zweifel obliegen und ich kann erklären, daß meine politischen Freunde auch die Erhöhung der Apanagen bewilligen werden. Meine politischen Freunde haben von jeher die Würde des Staates in der Monarchie gesucht. Wir leben bei dieser Gelegenheit die Konsequenzen und sind bereit, der Monarchie das zu bewilligen, was zur Aufrechterhaltung ihrer Würde nötig ist.

Abg. Gräfe erklärt nach sehr unklaren Auslassungen, daß er für die Vorlage stimmen wird, wenn er auch bezüglich des Inkrafttretens der Erhöhungen die Bedenken nicht unterdrücken könne, daß den Beamten billig sein müsse, was bei der Regierung recht sei.

Abg. Entke: Der Abg. Dpitz hat davon gesprochen, daß eine gewisse Presse sich der Angelegenheit bemächtigt und für ihre Interessen ausdehnt. Ich glaube, daß der Abg. Dpitz die sozialdemokratische Presse im Auge gehabt hat. Ich verfolge diese Presse nicht und habe deshalb darüber kein Urteil. Vor mir aber liegt eine Zeitung, die das menschenmöglichste in der Berunglimpfung der Kammer leistet, es sind die Dresdener Neuesten Nachrichten. Ich will das hier feststellen, um diese Sorte Presse zu kennzeichnen. Darauf wird die Vorlage einem Vorschlage des Abg. Dpitz zufolge der Finanzdeputation und der Gesetzgebungsdeputation überwiesen.

Der Präsident teilt noch mit, daß zu der nächsten Sitzung durch Karte eingeladen werden soll, sobald die Deputationen ihre Arbeiten beendet haben.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Die Zweite Kammer hat am Sonnabend, wie nicht anders zu erwarten war, der Erhöhung der Civilliste und der Apanagen zugestimmt und sie nur der Form wegen an die Finanz- und Gesetzgebungsdeputation verwiesen. Für die Konserverwaren sprach Justizrat Dpitz und für die Nationalliberalen Justizrat Schill. Die beiden Justizräte suchten die Forderung juristisch und moralisch zu begründen.

In den Ausführungen beider spielte die monarchische Ueberzeugung eine große Rolle. Sie spielten diese Ueberzeugung gegen die sozialdemokratische Presse aus, womit sie natürlich wenig Eindruck machen werden, denn der größte Teil der Bevölkerung steht auf dem Boden der Sozialdemokratie, aber noch größer ist die Zahl derer, die angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Erhöhung der Civilliste und der Apanagen ohne das nötige Verständnis gegenüberstehen. Wenn sich für die Erhöhung der Civilliste noch Gründe beibringen lassen können, denen man schließlich eine gewisse Berechtigung nicht verweigern kann, so ist das doch keineswegs der Fall gegenüber den Apanagen. Die Civilliste soll ein Äquivalent sein für die den Staatsklassen überwiesenen Nutzungen des Domänenbesitzes. Nach § 21 der Verfassung soll die Civilliste stets in angemessenem Verhältnis zu der jeweiligen Höhe des aufgegebenen Domänenvermögens stehen. Seit 1881 ist der Ertrag des Domänenbesitzes von 2 065 874 Mk. auf 9 281 548 Mk. im Jahre nach dem Etat für 1902/3 gestiegen. Die Begründung der Forderung durch die Regierung giebt selbst zu, daß von einer Erhöhung der Civilliste, die zu der Steigerung des Einkommens aus dem Domänenbesitzes, „angemessenem“ Verhältnis stände, keine Rede sein kann. Die Regierung beruft sich lediglich auf die Steigerung der Ausgaben, die der Hof seit der Thronbesteigung des verstorbenen Königs aufzuwenden gehabt hat. Aber wenn König Albert nicht gestorben wäre, so wäre die Civilliste auch jetzt noch nicht erhöht worden. Und wir müssen dabei bleiben, daß die Erhöhung der Civilliste in der gegenwärtigen Zeit im Lande nicht gebilligt wird.

Für die Erhöhung der Apanagen läßt sich aber nicht der geringste Grund absehen. So begründete z. B. der Abg. Dpitz die Erhöhung der Apanage für die Königin-Witwe mit der Bemerkung, die hohe Frau solle eine Zuwendung erhalten, um mehr noch als bisher Elend mildern und Schmerzen stillen zu können. Dazu aber bedarf es keiner Erhöhung der gesetzlichen Bezüge der Königin-Witwe. Wo wirklich Not und Elend zu lindern ist, da ist es Pflicht des Staates und der Gemeinden, einzugreifen.

Der Abg. Schill zeigte sich wieder einmal als der Typus eines echten Nationalliberalen. Er meinte, es gäbe Aufgaben, wo die Volkvertretung die Pflicht habe, sachlich zu prüfen, ohne nach der Meinung breiter Volksschichten zu fragen. Hier ist zunächst zugestanden, daß die Volkvertretung, d. h. der Dreiklassenlandtag sich nicht im Einklang mit dem Lande befindet, wenn er die geforderten Erhöhungen bewilligt. Und interessant ist die Bemerkung, daß eine „Volk“-Vertretung nicht nötig habe, nach der Meinung und den Wünschen des Landes zu fragen. Wenn der Hof in Frage kommt, dann hat der Landtag den Blick nach oben gerichtet. Dr. Schill begründete die Notwendigkeit der Erhöhung der Civilliste auch mit den gesteigerten Löhnen der Hofbeamten und den Bauaufwendungen. Daß der Landtag aus dem Domänenfonds 1898 3 Millionen Mark für den Ausbau des königlichen Schlosses in Dresden bewilligt hat, davon wird bei dieser Gelegenheit nichts gesagt. Bezüglich der Apanagen mußte auch der Abg. Schill zugeben, daß hier die Sache anders liege, als bei der Civilliste. Die nationalliberale Correspondenz sagte noch diese Tage: „Wenn aber jetzt die Apanage der Königin Carola wesentlich höher veranlagt werden soll, so ist das eine sehr bedeutungsvolle Abweichung von den Verfassungsbestimmungen. Ob sie gerechtfertigt ist, wird ja bald die Begründung des Antrages seitens der Regierung zeigen müssen.“ Nun, der Abg. Schill hat sie ohne weiteres für gerechtfertigt gefunden, obgleich die Erhöhungen direkt gegen die verfassungsmäßigen Bestimmungen verstößen.

Der linksliberale Abg. Gräfe nahm die Gelegenheit wahr, sich einmal gründlich zu blamieren. Er sprach nicht gegen die geforderten Erhöhungen, sondern gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Landtag nicht über die geforderten Erhöhungen hinausgehen werde. Im übrigen aber forderte er, daß man die Erhöhung der Civilliste und der Apanagen nicht vom 1. Juli, sondern vom 1. Januar 1904 ab bewilligen solle, da den Beamten billig sein müsse, was dem Königs-hause recht sei. Natürlich fand er mit dieser Forderung bei dem Landtage keinen Anklang.

Kleine Chronik.

Leipzig, 7. Juli.

Theaternachrichten. Neues Theater: Dienstag Der Postillon von Loujuncu. — Altes Theater: Geschlossen. Für Mittwoch ist das Repertoire dahin geändert, daß im Neuen Theater eine Wiederholung von Ibsens Schauspiel „Hedda Gabler“ stattfindet, dessen Erstaufführung mit so großem Interesse aufgenommen wurde.

Altes Theater. Zum erstenmal: Die Tyrannin der Thyränen von E. Gaddon Chambers. Es herrscht uniegar begünstigt guter und interessanter Lustspiele ein auffallendes Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, d. h. die Nachfrage ist weit größer als das Angebot, ob aber dieses englische Produkt geeignet ist, dem Mangel abzuhelfen, erscheint uns außerordentlich fraglich. Es hat gewisse solide Eigenschaften, aber es findet für einen schon oft abgehandelten Stoff keine neue Lösung und hat vor allem den großen technischen Fehler, gerade in der Mitte, nach dem Schluß des 2. Akts, vollständig auseinander zu brechen. Das innere Verhältnis des Schriftstellers Clemens Parbury zu seiner Frau Mabel, die ihr dadurch tyrannisiert, daß sie, sobald er ihr in irgend einem Punkte nicht zu willigen ist, in Thränen ausbricht, tritt von jetzt an merklich zurück und in den Vordergrund drängt sich das für die Sekretärin (Stenographin und Maschinenschreiberin) Parburys, Erika Gordon und den fidelem Jugendfreund des Schriftstellers, George Sunning. Man interessiert sich für dieses brave, kluge Mädchen, das den Kampf ums Dasein so resolut ausgenommen hat und das so tapfer mit ihrer wohl nur scheinbar als „mütterlich“ bezeichneten Liebe für ihren „Vrotherren“ kämpft, mehr, weit mehr, als dafür, ob Frau Parbury, die ins väterliche Haus zurückgekehrt ist, den Rückweg zu ihrem Gatten finden wird und man ist betroffen, wenn sie Sunnings schmürzige und in englisch-groteske Formen gekleidete Werbung plötzlich annimmt; das ist vielleicht der einzige Weg, das auseinandergehende Lustspiel zu dem beliebten „befriedigenden“ Abschluß zu bringen, aber es kommt gänzlich unerwartet und ist psychologisch so unwahrscheinlich als möglich. Erika ist von Frau Mabel darüber ertappt worden, daß sie das Bild ihres Gatten schwärmerisch küßt; man kann es der jungen Frau nicht sphaerisch verzeihen, daß ihr das durchaus nicht paßt und daß sie Erika und Mabel aus ihrem Hause entfernen will. Diese

aber weigert sich ganz bestimmt, zu gehen, da sie die Angestellte und Gehilfin des Mannes sei, und Clemens setzt der durch den heftigen Thränensturz unterdrückten Forderung seiner Frau zum erstenmal ein kategorisches Nein entgegen, da sich beide Damen weigern, den Grund ihrer plötzlichen Entzweiung anzugeben und er überzeugt ist, so leicht keinen Erfolg für seine Sekretärin zu finden, die in diesem Sinne seine verständnisvolle Mitarbeiterin ist. Diese ebemännliche Unbotmäßigkeit giebt der jungen Frau, die bisher noch stets durch ein nasses Taschentuch ihren Willen durchgesetzt hat, natürlich zu denken, um so mehr, als sie ihre häusliche Taktik von der eigenen Mutter, der verstorbenen Frau des Obersten Armitage, gelernt und sie untrüglich gefunden hat und diese Taktik auf einmal verläßt. Sie hat also im konkreten Falle nicht einmal so sehr unrecht und der Autor hätte die Nebenheldin Erika, die er hinterher nur durch einen unwahrscheinlichen Gewaltstreik aus dem Wege zu räumen vermag, überhaupt fortlassen und eine andere Fabel erfinden müssen, um Frau Mabel mit ihrer Tyranninpolitik ad absurdum zu führen. Die ganze Handlung ist also planlos, schwankend und schlottrig geführt und darüber bemängeln eine Reihe hübscher und launiger Einfälle nicht hinwegzutäuschen. Daß Parbury zuletzt auch noch in den Ton eines Nachmittagspredigers verfällt und weise Sprüche von sich giebt, deren Wirkung Herr Schuy übrigens durch ein komisches Versprechen aufhob (er sagte: „Du suchst um jeden Willen Deinen Preis durchzusetzen“) gehört ebenfalls ins Kapitel der inneren Verkehrtheit des Stückes. — Ueber die Darstellung läßt sich leider nicht allzu viel des Nützlichen sagen. Der Clemens des Herrn Schuy gefiel uns zwar besser, als sein Prediger im Vorbühler, die Lieblinge der Damen sehen aber — auch in England — anders aus, als er; die Mabel des Frä. Gräde entbehrt des unbedingten Jambers, der die Nachgiebigkeit ihres Mannes und ihr Pantoffelregiment gerechtfertigt hätte und der Zuschauer gab der Sekretärin ohne weiteres recht, wenn sie der legitimen Angehörigen die revolutionäre Behauptung in die Höhe warf, wahrheitsgemäß besser für Clemens zu passen, als für selber. Die Erika des Frä. de Valsh, die bei näherer Bekanntschaft sorgfältig gewirkt, war nämlich ein ganz apertus Nipiturn, etwas englisch kühl, aber für eine von den dreizehn Töchtern eines Landpastors alles mögliche. Der George Sunning (das „u“ wurde merkwürdigerweise konsequent nicht als „ü“, sondern als „a“ gesprochen) des Herrn Hänseler schlug für unseren Geschnap so sehr nach der Poffensseite — durch einen solchen Ton lassen sich Mädchen vom

Schlage der Erika, namentlich wenn sie für einen anderen schwärmen, nicht gewinnen, wenn man mit demselben auch die Lacher auf seine Seite bringt. Der galante alte Schwereuotter Oberst Armitage des Herrn Demme war und nicht straff genug, weder als Soldat, noch als alter Junggeselle redivivus, der seine Witwenhaft so recht con amore genießt und trotz seiner weichen Haare noch mit unbefriedigten Gattinnen Menzgebungs hat. Dagegen war der Diener Evans des Herrn Proft wie aus einem englischen Kupferstich herausgeschnitten, steckensteif, gemein, respektvoll und doch gutmütig. Die Aufnahme der Importe war eine freundliche, ohne über eine behagliche Mitteltemperatur hinauszuweisen. R. L-t.

Nataly von Schtrubh. „Seine Majestät der deutsche Kaiser hat geruht, die Widmung des neuesten Romans von Nataly von Schtrubh „Die Fürin von Hohen-Esp“ anzunehmen.“ So steht im „Börseblatt für den deutschen Buchhandel“ vom 4. Juni 1902 zu lesen.

Nataly wird nun wohl den patriotischen Götzenbildern im Berliner Tiergarten mit je einem 2 bändigen Roman Dankopfer bringen. Vielleicht grault sie damit sogar die stehnernen Gefellen von ihren Postamenten. — Ka. Die Malaria und ihre Bekämpfung. Seit man weiß, daß diese schreckliche Krankheit fälschlicher Vänder durch eine Mosquitto-art, Anopheles, übertragen wird, hat man auch Mittel und Wege gefunden, sich wirksam dagegen zu schützen. In Italien haben die Eisenbahngesellschaften, deren Personal durch Malaria-gegenden fahren muß, dasselbe zu schützen gesucht, indem sie den Leuten einerseits eine Art Masken aus Drahtgeflecht zur Bedeckung von Gesicht und Händen aufschafften und ihnen andererseits Ghinty in Wäsen oder Kapseln als prophylaktisches Mittel verabfolgten. Vom Antiperonal erkrankten denn auch, Malaria- und Fiebererkrankungen zusammengerechnet, nur noch 28 Proz. gegenüber 60 Proz. früherer Jahre, vom Bahnhofspersonal 36 Proz. gegen 80 Proz. von früher. Auf der Linie Rom-Foggia waren auf 478 Erkrankungen 446 Rückfälle und nur 32 Erstfälle zu konstatieren; in West-Syrien erkrankten von dem geschützten Personal 9 Proz., vom ungeschützten 90 Proz. In der Gegend des Lago Romano, wo man sonst 25 bis 30 Proz. Erkrankungen hatte, kam nunmehr kein einziger Fall mehr vor. Ähnliche günstige Berichte kommen aus Japan, wo z. B. in ein gegen Malaria geschütztes Bataillon Soldaten innerhalb 181 Tagen keinen einzigen Fall von Erkrankung aufwies, während in derselben Gegend in einem nicht geschützten Bataillon 269 Malariafälle beobachtet wurden.

Unmittelbar im Anschluß an die Sitzung der Zweiten Kammer schloß sich eine gemeinsame Sitzung der Finanz- und der Gesetzgebungsdeputation an. Dem Vernehmen nach beschloß die Deputation, die von der Regierung beantragten Wehreinrichtungen zu genehmigen, jedoch Civilliste und Anlagen nicht nur als Nachtragsetat, sondern ein für alle Mal festzustellen.

Die Erhöhung der Civilliste und der Anlagen ist also fertig — das Land hat künftig für das königliche Haus eine und eine Viertel Million Mark in jeder Finanzperiode an Steuern mehr aufzubringen. Auf die wirtschaftliche Lage des Landes und auf die finanzielle Situation des Staates hat der Geldsackentwurf keine Rücksicht genommen. Das Volk kam es ja bezahlen.

**# Ein Gegenstück.** Die Herren Landboten, die „Vertreter“ des sächsischen Volkes, sind im Augenblick befanntlich deshalb zusammenberufen, um die geforderte Erhöhung der Civilliste und der Pringen-Anlagen zu bewilligen. Sie werden das bereitwilligst und ohne zu nörgeln thun. Der nationalliberale Abg. Dr. Schill hat ja am Sonnabend so klaffend schon ausgesprochen, daß das einfach eine unumgängliche Pflicht der Landesvertreter ist, ohne daß sie nach der Meinung breiter Volkskreise zu fragen brauchen. Der Herr hat mit diesen Worten die Situation vorzüglich gekennzeichnet. Sein Ausspruch erfährt aber die richtige Beleuchtung noch durch einen Vorgang, der sich an demselben Tage in Dresden abspielte, als die Vorlage auf Erhöhung der Fürstendotationen an den Landtag gelangte. In Dresden wird wie bekannt zur Zeit das neue Ständehaus gebaut. Viele Arbeiterhände sind fleißig thätig dabei, um den „Erwählten des Volkes“ ein Heim zu schaffen, in dem sie sich wohl fühlen können. Am Donnerstag vergangener Woche wurde nun diesen Arbeitern von der Bauleitung eröffnet, daß die Löhne herabgesetzt werden sollen. Es wurde gleichzeitig dabei zu verstehen gegeben, daß jeder seiner Wege gehen kann, dem das nicht paßt. Die Maurer sollen nur noch 40 Pfg. Lohn bekommen, während der hier übliche Minimallohn 43—45 Pfg. beträgt. Arbeiter- und Unternehmerorganisation haben seiner Zeit das Ministerium gebeten, Lohn festzulegen; das Ministerium hat das abgelehnt. Und so kann der Privatunternehmer, der den Bau ausführt, spalten und walten, wie er will. Man wird also im selben Augenblick, wo die Landboten der Königsfamilie die Revenuen um Hunderttausende erhöhen, den Arbeitern, die den Landboten ein schönes Heim bauen, den so schon großen Lohn für ihre mühselige Arbeit noch verringern. Das ist fürwahr ein Gegenstück, wie es drastischer nicht gedacht werden kann.

Zm Hintergrunde erscheint aber eine andere Illustration. Sehr viele der am Ständehausneubau beschäftigten Arbeiter wollten bisher von der gewerkschaftlichen Organisation nichts wissen. Dieser neueste Schlag gegen ihre vitalsten Interessen hat bewirkt, daß gerade diese Leute sich hilfsuchend an die Organisation wandten. Was Belehrung und Ueberredung nicht vermochten, das bewirkte der Groll und die Unzufriedenheit über die Lohnschmälerung unter solchen Umständen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es zu ernststen Differenzen am Ständehausneubau kommt, falls die Lohnreduktion durchgeführt wird.

**m. Dresden, 8. Juli.** Ein nächtliches Rencontre zwischen einem Militärbeamten und einem Gendarmen war der Gegenstand einer umfangreichen Verhandlung vor dem hiesigen Kriegsgericht der 8. Division Nr. 82. Der Intendantur-Sekretär Paul Oswald Herrmann von der Intendantur des 12. Armee-corps hatte sich wegen Beantwärtigung, Widerstands gegen die Staatsgewalt, thätlichen Angriff und ruhestörenden Lärms zu verantworten. Der Angeklagte hatte in der Nacht zum 20. Februar in einem Hotel auf der Königsbrüder Straße mit mehreren Offizieren und seinem Vater thätlich gezecht und verübte nun beim Hinaustreten auf die Straßen den besagten Stand, daß sich der Gendarm Liebers II zum Einschreiten veranlaßt sah. Auf die Aufforderung, ruhig zu sein, fuhr ihn der Straßener mit den Worten an: „Sie haben mir gar nichts zu sagen, bei mir zählt ein Gendarm überhaupt nichts. Ich bin Militärbeamter im Lieutenantstrange, während Sie höchstens Sergeant gewesen sind. Weiter haben Sie es nicht gebracht, sonst würden Sie sich nicht für 85 Mk. in die Gendarmerie stellen. Sie sind gar nichts vor meinen Augen.“ Der Angeklagte nannte dem Schutzmann auch nicht seinen Namen, noch viel weniger ging er freiwillig zur Polizeiwache mit. Als der Gendarm den Widerstand ansetzen wollte, schlug dieser mit den Fäusten mit ein. Erst mit Hilfe eines Straßensportanten konnte S. ein Stuhl fortgeschleppt werden. Der Transport des Gefangenen war sehr schwierig. Wiederholt versuchte der Angeklagte zu fliehen, wurde aber stets wieder eingeholt, wohl gütlich viermal ließ ihn der Gendarm, dem die ganze Geschichte außerordentlich peinlich war, wieder laufen, allein S. hörte mit Schimpfen und Lärmen nicht auf. Das inzwischen angesammelte Publikum war über die rücksichtslose Behandlung, die dem Straßener zu teil wurde, demmaßen empört, daß es drohte, den Gendarmen, wenn er nicht endlich energisch vorgehe, anzugehen und den Vorfall in der Arbeiterpresse zu schildern. Erst als ein zweiter Gendarm herzugehört wurde, gab der Angeklagte nach nochmaligem heftigen Widerstand sein Ständhalten auf und legte sich durch eine — Willensart. Nach der Wache wurde er nicht geschafft. Nach Schilderung des Gendarmen Liebers hat sich S. so roh und gemein benommen, daß er glaubte, einen Mann aus dem niedersten Stande vor sich zu haben. Nach seiner und anderer Zeugen Ansicht war S. höchstens angegriffen, denn er konnte gut und schnell laufen und auch klare Antworten geben. Angeklagter selbst will sich auf nichts mehr bestimmen können, da er sinnlos betrunken gewesen sei. Nach dem Gutachten des Sachverständigen Stadtsarzt Dr. Wenneke ist S. bei Begehung der That nicht zurechnungsfähig gewesen. Angeklagter sei Rayrosseniker und Epileptiker, zudem auch erblich belastet. Sei epileptisch veranlagten Personen komme es aber oft vor, daß sie von pathologischen Träumen und Dämmerungszuständen befallen werden, von denen andere gar nichts merken. Infolge dessen wird der Angeklagte freigesprochen. — Freigesprochen! Wer vermag das zu fassen?

**Dresden, 8. Juli.** Neun Fleischermeister auf einmal hatten sich wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz (Anwendung englischen Konservensalzes) vor dem dritten Strafhammer des hiesigen Landgerichts zu verantworten. Der Sachverhalt ist, wie in allen früheren derartigen Fällen: die Angeklagten haben jenes verbotene chemische Salz dem gedachten Fleisch zugesetzt und verteidigen sich damit, daß die Verwendung desselben allgemein üblich im Fleischergewerbe sei. Die Angeklagten wurden zu je 50 Mk. Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

Ein Boykott will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die sächsische Postbeiz vom Oktober d. J. ab mit einer

zweimal täglich erscheinenden Zeitung beglückt werden soll. Als Herausgeber wird der bekannte Woche-Scherl genannt.

**Wurzen, 6. Juli.** In dem in Jena verhafteten Raubmörder Wehnert wird nicht nur der Mörder der Frau Lohy in Leipzig, sondern auch der Mörder der am 12. Februar hier ermordeten und beraubten Handelsfrau Roeser vermutet.

**a. Oschak, 5. Juli.** Ohne daß man die Stadtverordneten vorher gefragt oder ihnen Mitteilung gemacht hat, hat man hier auf Unkosten der Steuerkasse dem verstorbenen König Albert einen Lorbeerkranz mit Schleife in den Stadtfarben gewidmet und niederlegen lassen.

**a. Oschak, 5. Juli.** Ein Vertrag zum Kapitel Schankkonzessionswesen liefert ein hiesiger Vorfall. Vor anderthalb Jahren starb der Besitzer des Restaurants Zur guten Quelle und hinterließ eine Witwe mit drei unermöglichten Kindern. Frau S. führte das Geschäft ihres Mannes weiter, doch da es immer schlechter ging und sie bald nicht mehr ihre Hypothekengläubiger befriedigen konnte, sah sie, um nichts einzubüßen, den Entschluß, das Restaurant zu verkaufen. Doch hatte sie die Rechnung ohne den Stadtrat gemacht. Als sie einen Käufer gefunden hatte, eröffnete ihr der Stadtrat, daß ihr in Anbetracht des Umstandes, daß sie Witwe sei und Kinder habe, die Konzession nicht entzogen werde, aber ein Nachfolger die Konzession nicht erhalte, weil mit diesem Lokal schon zu viel Bucher getrieben worden sei. Frau S. mußte nun, ob sie wollte oder nicht, das Lokal selbst behalten, denn alle Vorstellungen änderten an diesem Beschluß nichts. Es ist nun eingetreten, was vorausgesehen war. Das Restaurant des Herrn S., das 38 000 Mk. gekostet hatte, kam am letzten Sonnabend als einfaches Wohngebäude unter den Hammer. Was aber das für die Hypothekengläubiger und für die Witwe zu bedeuten hat, kann sich wohl ein jeder selbst ausrechnen.

**ha. Neuchau, 6. Juli.** Im Januar vorigen Jahres brachte die Leipziger Volkszeitung ein Gedicht: „Arbeits-Mensch! das vom Direktor Kommerzienrat Hessel den Arbeitern als Neujahrs-geschenk gewidmet worden war.

Wie die Farbenwerke das Arbeiten verstehen, zeigte sich beim hiesigen Schützenfeste. Durch die Landestrainer mußte das Schützenfest verschoben werden, und da es am Sonntag erst um 7 Uhr beginnen konnte, wurden, wie es heißt, auf Ansuchen der Schützengesellschaft, die Farbenwerke Montag mittag geschlossen, um so einen regeren Besuch des Schützenfestes zu ermöglichen. Den Arbeitern wäre ja der halbe Feiertag zu gönnen gewesen, aber leider mußten sie am Freitag beim Lohnauszahlen die traurige Erfahrung machen, daß diese Zeit, 4 1/2 Stunden (1—6, ab eine halbe Stunde Vesperpause) abgezogen worden war. Daß das bei einem Lohne von 12—15 Mk. pro Woche schwer ins Gewicht fällt, zumal auch noch der 25prozentige Zuschlagsteuerzettel diese Woche erschienen ist, konnte man manchen Arbeiter am Gesicht ablesen. Möchten nur die Arbeiter bald einsehen lernen, daß solche willkürlichen Arbeitspausen bei einer guten Organisation nicht möglich wären. Wir wollen wünschen, und hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß die Arbeiter aufgemuntert werden und sich dem Fabrikarbeiter-Verbande anschließen.

**Vorna, 6. Juli.** Es wird von hier berichtet: Die hiesige sogenannte Altkrauerlei, welche im Subhastationsstermin von der Stadt für 110 000 Mk. erstanden worden war, wurde am 3. Juli von Herrn Brauereibesitzer Kirchhäbel in Hohstadt bei Oranien für 150 000 Mk. gekauft. Aus dem nunmehr endgültig zum Abschluß gekommenen Handel ist für die Stadt ein Gewinn von annähernd 38 000 Mk. herausgekommen; außerdem hat aber der Stadtrat nicht nur den ganzen unteren Teil des schönen Brauereigartens bis an die Terrassen und bei besonderen Festlichkeiten auch die öffentliche Benutzung dieser, einen wunderschönen Anblick auf unsere prächtigen Terrassen und die weitere Umgebung Vornas bietenden Terrassen vorbehalten. Selbst wenn man annehmen wollte, daß der Angeklagte alle Exemplare der Nummer selbst verkauft hat, so kann bei dieser Thätigkeit von dem § 20 nicht mehr die Rede sein. Unter der Thätigkeit des Redakteurs versteht man nur die Thätigkeit für die Drucklegung und nicht die, welche nachher etwa noch erfolge, das ergibt sich schon an dem Worte Redakteur. Das Reichsgericht (4. Strafsenat) war jedoch anderer Ansicht wie der Reichsanwalt und erkannte entgegen dem Antrage des Reichsanwalts auf Verurteilung der Revision. Der Senat war der Ansicht, daß die Verantwortlichkeit des Redakteurs sich auch auf diejenige Thätigkeit beziehe, die er nach der Drucklegung ausführe.

**Aus dem Vogtland, 4. Juli.** Die hiesige Musikinstrumentenindustrie ist in einem unerkennbaren Rückgang begriffen. So ist beispielsweise die Ausfuhr von Musikinstrumenten aus dem Bezirke des amerikanischen Konsulats Maxmilian nach den Vereinigten Staaten im letzten Geschäftsjahr um 200 000 Mk. zurückgegangen. Man erwartet in Amerika auch in diesem Jahre große Fabriken, mit denen die hiesige, nur hausgewerblich betriebene Industrie trotz der Hungerlöhne nicht konkurrieren kann. Dagegen zeigt sich in der Spitzen- und Sackerei-Industrie ein großer Aufschwung. Die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse aus dem Bezirk Plauen nach den Vereinigten Staaten stieg in dem am 30. Juni abgelaufenen Geschäftsjahre gegenüber dem vorhergehenden um 3 1/2 Mill. Mk. Die Ausfuhr von Kleiderstoffen nach Amerika nimmt ständig ab, steigt dagegen nach Indien und Japan.

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.** Das Recht der Anklagebarkeit hat die Stadtverteilung in Linbach ihren Beamten verlehren, wenn sie nach erfülltem 25. Lebensjahre 10 Jahre lang im Dienst geblieben haben. — Das Abbaurecht der Braunkohlen in der Blur Regis hat eine Gewerkschaft erworben. Die Gewerkschaft mit dem Sitze in Regis ist am 1. Juli in Kraft getreten und wird nach Einholung der Genehmigung durch die Behörden sofort mit dem Abbau beginnen. Die bereits durch einen vorhandenen Schacht geförderten Proben haben eine vorzügliche Stütz- und Klartheil ergeben. Die Kohlenmächtigkeit ist im Mittel 17—18 Meter bei nur 6 bis 12 Meter Abraum. — Die Dresdener Polizei hat vor einigen Tagen zwei Damen der Lebewelt verhaftet, die eine elegant eingerichtete erste Etage in der Struwestraße bewohnten und dort oft Spiel- und Sectabende veranstalteten. Die eine der Damen nannte sich „Frau Dr. Klausen“, während sich die andere „Frau Plümelster“ titulieren ließ. Die beiden „Damen“ sind bänklicher Abkunft und sollen auch öfters Reisen nach Monte Carlo und nach anderen fashionablen Orten unternommen haben. — In Dresden hat sich in ihrer Wohnung, Zingendorfsstraße 2b, II., die gutstatterte Gattin des Generaldirektors und Professors Schrotzky erschossen. Die Dame war etwa 34 Jahre alt. Ueber den Grund der That verlautet nichts Bestimmtes. Thatsache ist nur, daß ihr Mann, der eine Wohnung in Indien hatte, vor einigen Wochen hier eingetroffen war und mit der Absicht umging, seine Frau demnächst mit nach Indien zu nehmen. — Aufsehen erregt das Gerücht von erheblichen Schwundteilen, welche sich ein in Dresden-Friedrichstadt wohnender angeblicher Tiefbauunternehmer Namens Junke habe zu Schulden kommen lassen. J., ein früher beim Eisen-

bahnbau beschäftigter Arbeiter, der sich zur Erhöhung seines Ansehens Schachtmeister und Bauunternehmer nennt, hat seit Monaten fortgesetzte Betrügereien zum Nachteil eines hiesigen Privatmanns verübt und durch raffinierte Fälschungen nach und nach denselben Geldebeträge in Höhe von mehr als 100 000 Mark entlockt. — Eine schauerliche That erregte in Meißner Mieschen. Der Kartonnagenarbeiter Rosenkrantz versetzte seiner Geliebten, der Arbeiterin Hebele, nach einem kurzen Streit auf der Albertstraße, hinter der Schule, sieben Messerstücke. Das Mädchen brach schwerverletzt zusammen. Der Thäter wurde verhaftet und in die Frontstraße überführt. Das Mädchen büßte kaum mit dem Leben davonkommen. — Eine Typhusepidemie ist in Friedrichsgrün aufgetreten. Sie hat 60 Personen ergriffen, meist jüngere Leute. Die Ursache soll das Trinkwasser eines Brunnens sein.

**Jena, 6. Juli.** Hier wurde ein äußerst frecher Raubmord verübt. Die Mörder sind dingfest gemacht worden, wobei es sich herausstellte, daß auch die Mörder der Frau Lohy in Leipzig dabei waren. Den Leipziger Neuesten Nachrichten wird berichtet: Aufregung und helle Empörung herrscht in unserer so friedlichen Stadt über den mit grenzenloser Frechheit und Brutalität an der Ehefrau des Pfandverleiher und Trödlers Harz verübten Raubmord. Es scheint, als sollte die Unthat rasch ihre Sühne finden, denn es sind nicht allein die Verbrecher in den Personen des 30jährigen Schlossers Wehnert aus Nordhausen, des Arbeiters Richard Goldschmidt aus Dresden und des Bahnarbeiters Peter Fosse aus Wehingen ermittelt, sondern auch die beiden letzteren bereits bei Magdala von dem Schutzmann Wey in Gemeinschaft mit dem Gendarmen Gebestreit aus Magdala dingfest gemacht und ins Landgericht Weimar abgeliefert worden; der dritte Verbrecher, Wehnert, der nach den Angaben der beiden anderen den Mord vollführt haben soll, ist inzwischen gleichfalls festgenommen worden. Mit seltener Raffinerie sind die Durchsuchungen an ihr räuberisches Werk gegangen. Zunächst erschienen am Vormittag ihrer zwei, angeblich um Stiefeln zu kaufen, sie entfernten sich aber, nachdem sie auf diese Weise die Dürftigkeit ausgenutzt hatten, wieder mit der Ausrüstung, sie hätten nicht genug Geld mit, um die Stiefeln zu bezahlen, würden aber später wiederkommen. Während sich nun gegen 11 Uhr Herr Harz zu einer kurzen Besorgung aus seinem Hause entfernte, sind die drei Verbrecher, welche wohl den Weggang des Herrn Harz beobachtet hatten, wieder in den Harzschen Laden gekommen, wo Frau Harz anwesend war. Dort hat Wehnert, welcher nach Goldschmidts Aussage erst diesen zum Mord, aber vergeblich aufgefordert haben soll, Frau Harz mit einem Hammer auf den Kopf geschlagen, ihr einen Finger der zum Schutze erhobenen Hand zerhackt und dann durch stürmische Stöße die Schädeldede und einen Teil des Gehirns zertrümmert; danach hat er Goldschmidt, aber wiederum vergeblich, aufgefordert, dieser möge der Ueberfallenen der Sicherheit halber noch die Kehle durchschneiden, auch habe Wehnert roth geäußert, wenn Harz heim kommen sollte, werde man ebenso mit ihm verfahren; es sei dies die letzte Frau, die er — Wehnert — abgemurrt habe, nun sollten einmal zur Abwechslung wieder Männer an die Reihe kommen. Die Verbrecher haben sich sodann zwei Anzüge und ein Jackett, Stiefeln u. angeeignet und aus der in 1. Stockwerk gelegenen Wohnung etwa 60—80 Mk. Bargeld entwendet; das Sparkassenbuch hat sich wiedergefunden. Die Verfolgung der Verbrecher wurde alsbald energisch aufgenommen. Schutzmann Wey, der sich in Civil mit dem Rad aufgemacht und die Umgebung nach Nordwesten alarmiert hatte, traf die drei Verbrecher gegen 8 Uhr abends zwischen Magdala und Wehlingen an, und forderte sie auf, mitzugehen. Sie thaten dies zunächst auch, da er noch einen Mann aus Magdala und einen jungen Radfahrer bei sich hatte. Als jedoch der Mann aus Magdala wegging, rissen zwei aus und der dritte, Wehnert, welchen Wey gefaßt hatte, zog ein Dolchmesser, stieß nach dem Beamten, riß sich, während dieser dem Stoß auswich, los und ergriff die Flucht. Der Beamte hat von seinem Revolver keinen Gebrauch gemacht; er begründet dies damit, daß Leute in der Nähe gewesen seien und er Rücksicht auf die strenge Vorschrift habe nehmen müssen. Wiederrum begann die Verfolgung, und es gelang Wey, welcher in Magdala ein Gefährt und den dortigen Gendarm Gebestreit requiriert hatte, die beiden zuerst Ausgerissenen wieder zu erwischen und festzunehmen.

**g. Halle a. S., 6. Juli.** Das Begräbnis des Genossen Swienty gefallte sich zu einer Trauerkundgebung, wie sie die Unversitätsstadt Halle in ihren Mauern noch nicht gesehen hat. Schon am frühen Morgen trafen die Delegierten aus Stadt und Land auf dem Bahnhof ein; in allen Gewerkschaften riefte man sich, galt es doch einen Toten zu ehren, der der Arbeiterchaft gelebt hat und der Arbeiterchaft gestorben ist. Kurz nach 11 Uhr stauten sich die Menschenmassen vor den Klänken in der Magdeburger Straße. Die Polizisten gingen geschäftig auf und ab, um die Reugierigen zurückzuhalten. Das Verhalten der Polizei war angemessen und rücksichtsvoll. Kurz vor 12 Uhr setzte sich der Trauerzug, angeführt vom Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins, der Agitations- und Pressekommision, in Bewegung. Schwer zu zählen waren die Tausende von Parteigenossen, die dem geliebten Freunde das letzte Geleit gaben; auch die Genossinnen hatten sich zahlreich eingestellt. Von den zahlreichen Blumenpenden, die von sämtlichen Gewerkschaften, vielen Fabriken, Druckereien, den Outen der Umgebung, dem Hauptvorstand des Centralverbandes der Handlungsgehilfen, den verschiedenen Kartellen, dem Volksblatt, dem Verein Arbeiterpresse, der Redaktion des Vorwärts Berlin u. unserem Swienty gewidmet wurden, hier einzeln aufzuführen, würde zu weit führen. Auf dem Friedhof in Giebichenstein leitete der Sängerbund die Feier mit dem Aede: „Ein Sohn des Volkes will er sein“ ein. Tief ergriffen nahm die Trauerversammlung die Gedächtnisrede des Reichstagsabgeordneten Genossen Thiele und den Nachruf des Freundes und Genossen Caspary-Berlin entgegen. Dann erreichte die erste Feier, die bewies, wie die Hallenser ihren Swienty ehrlen, ihr Ende.

**Soziale Rundschau.**  
**Gewerkschaftliches.**

Welche Gewerkschaften sind zu den Gewerkschaftskartellen zuzulassen? Dem Vorwärts wird geschrieben:

Dem Gewerkschaftskongress lag bekanntlich unter anderem ein Antrag vor, welcher zu den Gewerkschaftskartellen nur die Mitgliedschaften der von der Generalkommission anerkannten Centralorganisationen zugelassen wissen wollte. Nach der Berichterstattung fast aller Partei- und Gewerkschaftsblätter ist dieser Antrag auch zum Beschluß erhoben. Wenn dem so wäre, so wäre damit eine ganze Anzahl örtlicher Gewerkschaftsorganisationen von der Beteiligung an den örtlichen Kartellen ausgeschlossen.

Ich halte es deshalb, als Beteiligter und Gegenantragsteller, für meine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß obiger Beschluß am letzten Verhandlungstage des Gewerkschaftskongresses wieder aufgehoben und statt dessen ein Antrag angenommen wurde, der besagt, daß zu den Gewerkschaftskartellen unter allen Umständen die örtlichen Mitgliedschaften der von der Generalkommission anerkannten Gewerkschaften zuzulassen sind. Das ist etwas wesentlich anderes und bedeutet,

daß es den Gewerkschaftskartellen, wie bisher, unbenommen ist, auch solche Gewerkschaften zuzulassen, die keiner von der Generalkommission anerkannten Organisation angehören bezw. auf lokalem Boden stehen.

Ich halte es für wesentlich, daß dieser Irrtum der Berichterstattung aufgeklärt wird.

Die Felsen der Mauer in Hamburg verhängten Sperren wurden am Freitag durch eine Maurerverammlung mit 679 gegen 350 Stimmen aufgehoben. Der Stand der Bewegung war zuletzt folgender: Zur Kontrolle meldeten sich am Freitag 497 Maurer, darunter 367 Verheiratete mit 478 Kindern. Die Zahl der Bauten, wo zu den neuen Bedingungen gearbeitet wird, beträgt 116, während die Zahl der Unternehmer, deren Bauten gesperrt wurden, sich auf 23 beläuft. An der Aussperrung haben sich 48 Unternehmer beteiligt. 9 Unternehmer haben ihre Bewilligung zurückgezogen. Die Gesamtzahl der zur Zeit in Hamburg arbeitenden Maurer und Polierer beträgt 1979, davon — ohne Polierer — 1280 zu den neuen Bedingungen. Auf gesperrten Bauten arbeiten infolge der Sperre 237 Mann, darunter 148 Importierte und 47 Accorbmaurer. Auf den Bauten, wo Aussperrungen vorgenommen wurden, sind 470 Mann beschäftigt, davon sind 267 Ausländer. Wenn in der letzten Versammlung konstatiert wurde, daß der Zugang ein ganz unbedeutender gewesen sei, so müssen wir heute zugeben, daß dies anders geworden ist. Dem Unternehmer Paul Esler ist es gelungen, 440 österreichische Arbeitswillige nach hier zu schaffen. Außer diesen Arbeitswilligen sind noch 47 Mann aus dem Vogtland (1) in Hamburg eingetroffen und aus Holland sind Maurer gekommen. Wohl ist es uns gelungen, einen Teil der Arbeitswilligen abzuschließen, doch befinden sich hier 400 auswärtige Arbeitswillige in Arbeit.

In der Versammlung wird ausgeführt: Von einer Kampfmöglichkeit der Hamburger Maurerschaft kann durchaus gar keine Rede sein. Wir halten den Zeitpunkt für gekommen, die Sperre aufzuheben. Selbstverständlich werden wir auf dem Posten sein und überall da eingreifen, wo die Unternehmer es sich herausnehmen sollten, ihre Bewilligung zurückzuziehen. Wir müssen die Pläne der Unternehmer durchkreuzen, dann wird in kurzer Zeit der Sieg unser sein.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 7. Juli.

Am Errichtung eines Gewerbegerichts für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Leipzig haben nunmehr auch die evangelischen Arbeitervereine von Stötteritz und Leipzig votiert. In der Begründung wird u. a. hervorgehoben, daß die Potenzen die Tätigkeit der Gewerbegerichte für wohlthätig, die soziale Gerechtigkeit und den sozialen Frieden fördernd halten. Außerdem haben sich die Gewerbegerichte überall, wo sie eingeführt wurden, vortrefflich bewährt, u. a. auch in Sachsen, wo die Amtshauptmannschaften zu Chemnitz, Dresden-Neustadt (mit Ausschluß von Radeberg, das ein eigenes besitzt) und Glauchau Gewerbegerichte errichtet haben. Daß ein Gewerbegericht auch für die Amtshauptmannschaft Leipzig ein dringendes Bedürfnis sei, geht schon aus der Thatsache hervor, daß in den in diesem Bezirke vorhandenen 336 Fabriken gegen 10 000 Arbeiter beschäftigt seien.

Auch der Gemeinderat in Gaußsch hat einstimmig beschlossen, bei der Amtshauptmannschaft um Errichtung eines Gewerbegerichts für Leipzig-Land einzukommen.

Wie wir übrigens erfahren, ist der Vorsitzende des Leipziger Gewerkschaftsartikels zwecks Besprechung in dieser Angelegenheit für Sonnabend den 12. Juli vor die Amtshauptmannschaft geladen worden. Hoffentlich wird in der für die Arbeitererschaft so wichtigen Frage bald ein glänzender Abschluß herbeigeführt.

Zu dem bevorstehenden Gewerkschaftsfest wird vom Vorstand des Gewerkschaftsartikels die Veranstaltung eines Festzuges vorgeschlagen und zu diesem Zwecke um die polizeiliche Genehmigung nachgesucht worden. Die Genehmigung ist jedoch, wie in den Vorjahren, nicht erteilt worden. In dem Bescheid des Polizeiamts wird die Ablehnung mit dem Hinweis auf die §§ 12 und 13 des sächsischen Vereinsgesetzes begründet, da nicht nur infolge der voraussichtlich sehr starken Beteiligung an der Festlichkeit eine erhebliche Verkehrsstörung zu erwarten steht, sondern der in Aussicht genommene Festzug sich auch zu einer sozialdemokratischen Waffendemonstration, selbst wenn die Veranstalter eine solche nicht beabsichtigen sollten, gestalten würde, und somit die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdet werden könnte. Derselben Grund ist bekanntlich auch in den früheren Jahren angegeben worden.

Von den Leipziger Tabakarbeitern geht uns folgende Erklärung zu: Nach dem Bericht der Leipziger Volkszeitung vom Freitag den 27. Juni führte Herr Rezhäuser auf der Generalversammlung der Buchdrucker aus:

Ich meine es nicht Klassenkampf, wenn die Leipziger Tabakarbeiter, weil den Unorganisierten eine Zulage versprochen wurde, aus der Organisation austraten, um diese Zulage auch zu erhalten. Wir erklären, daß die Behauptung des Herrn Rezhäuser unwahr ist.

Die Vororkommission: Der Vertrauensmann: J. A.: Gustav Lehmann. Jakob Weiß.

Zur Lokalfrage. Das Leipziger Tageblatt schreibt: In vergangener Nacht sind im Norden Leipzigs, in Gohlis, Entzsch, Möckern, Wahren u. von sozialdemokratischen Arbeitern rote Fettel angeklebt und verstreut worden, auf denen eine Anzahl Gohliser genannt werden, deren Räume der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung stehen. Die Arbeiter sollen dadurch von dem Besuche dieser Gastwirtschaften abgehalten werden. Bei den ungeheuren Schwierigkeiten, die besonders den Arbeitern der nördlichen Vororte bei Abhaltung von Versammlungen bereitet werden und infolge der fortgesetzten hartnäckigen Verweigerung von Versammlungsorten für Arbeiterversammlungen, kann man es schließlich für berechtigt halten, wenn die Arbeiter zu solchen Mitteln greifen.

Ronnungsverein Leipzig-Plagwitz. Der Verkaufserlös im Monat Juni 1902 betrug 888 141.93 Mk. Im Jahre 1901 ergab der gleiche Monat einen Erlös von 744 791.92 Mk. Der gefamte Erlös des nun zu Ende gegangenen Betriebsjahres 1901/02 erreichte die Höhe von 10 393 658.78 Mk. gegenüber 9 729 642.59 Mk. im Vorjahre. Die Mehrerlöse des verfloßenen Betriebsjahres gegenüber dem Betriebsjahre 1900/01 beträgt 664 011.19 Mk. 388 Mitglieder sind im Monat Juni eingetweten.

Straßenbahnwesen. Aus Anlaß der von heute ab beginnenden Abpflanzung der Straße am Schulplatz, von der Rosenthalgasse bis zur Pfaffenborfer Straße, werden die Wagen der Großen Leipziger Straßenbahn auf den Linien Kleinschöcher-Volkmarstorf und Leuzsch-Tauchaer Thor in beiden Richtungen von Frankfurter Thor ab durch die West- und Promenadenstraße geleitet.

Ein Führer durch die Sächsisch-Böhmische Schweiz, von Georg Pauli, Lehrer in Demitz-Thumitz, ist soeben in Mit-

bachs Verlag in Leipzig erschienen. Das Büchlein wird besonders den Radfahrern bei Ausflügen in das Elbsandsteingebirge ein treuer Ratgeber sein. Außer einer übersichtlichen Karte der Sächsisch-Böhmischen Schweiz enthält das Buch ausgearbeitete Radtouren, die sich durch beliebige Zusammenstellung bei ein- oder mehrtägigen Radreisen verwenden lassen.

Zur Verhaftung des Raubmörders Vehnert. Es ist nunmehr festgestellt worden, daß Vehnert mit seinem bisher noch nicht ermittelten Complicen in der Nacht vom 8. zum 9. Dezember in der Herberge zur Heimat in Weissenfels übernachtet hat. Am 9. Dezember sind beide zu Fuß nach Leipzig gewandert und hier am Abend eingetroffen. Sie haben sich dann in den Vorhagen Laden in der Kleinen Fleischer-gasse begeben, wo sie sich Uhren und Schuße vorlegen ließen. Mittlerweile war eine Frau in den Laden gekommen, die ebenfalls etwas kaufen wollte. Die Vurschen haben nun erwartet, bis die Frau wieder fort war und dann ihr Opfer niedergemacht. Nach Verübung der Mordthat sind die Thäter von einem Vororte aus nach Halle gefahren, wo sie unter falschem Namen in einem Gasthause übernachteten und den Raub unter sich teilten. Vehnert hat zugegeben, daß er sich hier und auch in Jena bei Ausübung seiner rüd-losen Thaten eines mitgebrachten Hammers bedient hat.

Selbstmorde und Selbstmordversuch. Durch Erschießen erkrankte sich gestern vormittag ein 22 Jahre alter, in Ehrenberg bei Altenburg geborener und in Neu-Mockau wohnender Arbeiter auf dem neuen Friedhof in L.-Kleinschöcher am Grabe seiner Frau. Der Leichnam des Erschossenen wurde polizeilich aufgehoben.

Ferner hat sich vergangene Nacht ein am 23. Juni 1877 in L.-Gohlis geborener Buchhalter in einem Abort der Zwangsarbeitsanstalt in L.-Thonberg erschossen. Der Lebensmüde hatte in genannter Anstalt Obdach erbeten.

Einen Vergiftungsversuch machte heute früh im Connewitzer Holze ein 22 Jahre alter hiesiger Student aus Geithain, indem er eine Dosis Sublimatlösung zu sich nahm. Der junge Mann wurde noch lebend in das Krankenhaus gebracht. Der Beweggrund zu dem Selbstmordversuch ist unbekannt.

Ein Geisteskranker ist aus einer in der Nähe von Leipzig gelegenen Privatheilanstalt entwichen. Der Mann ist etwa 40 Jahre alt, von mittler, kräftiger Gestalt, hat volles Gesicht, gelbliche Gesichtsfarbe, rötlichblonden Vollbart, dunkelblondes gelichtetes Haar und trägt goldne Brillen oder Klemmer. Der Mann trägt einen braunen Jacketanzug, braunen Ueberzieher und hellbraunen weichen Hut.

Ein gefährlicher Zusammenstoß. Auf dem Augustus-platz scheute gestern plötzlich das Pferd eines hiesigen Kaufmanns. Das Tier prallte mit dem Geschirr gegen das Geschirr eines Fleischers. Die Insassen des gefährdeten Geschirres retteten sich durch Abspringen vom Wagen und kamen ohne Schaden davon.

Feuer. Infolge der Explosion eines Petroleumkochers entstand am Sonnabend in einer Wohnung am Ranstädter Steinweg ein Gardinenbrand. Hausbewohner unterdrückten das Feuer.

Einen weiteren Gardinenbrand hatte gestern Abend in der 10. Stunde in einer Wohnung der Rindstraße ein 12 Jahre alter Knabe durch unvorsichtiges Umgehen mit einer brennenden Lampe veranlaßt. Hier beseitigte die Feuerwehr den Brand.

Kleine Polizeinachrichten. Nachschlüssel-diebe drangen gestern nachmittag in eine Wohnung der Elisabethstraße in L.-Volkmarstorf ein und entwendeten daraus einen Geldbetrag von 50 Mk.

Aus einem Schokoladengeschäft in der Bayerischen Straße wurde gestern ein Geldbetrag von 10 Mk. gestohlen. Auch hier hat sich der Dieb mittels Nachschlüssels Zugang in die Räume verschafft.

In der Nacht zum 5. Juli wurden aus einem Neubau an der Johannisallee eine größere Anzahl Arbeiterkleidungsstücke gestohlen.

Auf einer Promenadenbank, wo er eingeschlafen war, ist in der Nacht zum Sonnabend einem jungen Manne die silberne Remontuhr, das Portemonnaie mit 38 Mk. Inhalt und der Spazierstock gestohlen worden.

Zum Nachteil eines hiesigen Speiteuers unterschlug ein 34 Jahre alter Arbeiter von hier einen Geldbetrag von 68 Mk. Der schon vielfach vorbestrafte Mensch wurde zur Verantwortung gezogen.

In der Kochstraße fiel am Sonnabend ein in der Dorfstraße wohnender, 26 Jahre alter Geschirrführer von seinem Lastgeschirr und wurde von einem Mabe seines Wagens über den linken Arm gefahren. Zum Glück ist die Verletzung, die der Mann davontrug, nicht gefährlich.

Beuth's. Die Einwohnerzahl unseres Ortes betrug am 30. Juni d. J. 8204. Dies ist seit dem 1. Januar d. J. eine Zunahme von 531 Köpfen. — Den Schulkindern soll billigere Gelegenheit geboten werden, das Volksbrennereid zu benutzen, wobei hauptsächlich auf die Tagesstunden Rücksicht genommen werden soll. Diese Absicht ist mit Freunden zu begrüßen; hoffentlich wird der Gemeinderat hierzu seine Zustimmung erteilen.

Der Zusammenbruch der Leipziger Bank vor dem Schwurgericht.

(Unberechtigter Nachdruck verboten.)

f. Leipzig, 5. Juli 1902.

Stehzehnter Tag der Verhandlung. (Schluß.)

Angeschlagter Schröder bemerkt auf Befragen: In jener Aufsichtsrats-sitzung sei Schmidt zugegen gewesen. Dieser habe mitgeteilt, daß mit der rotierenden Retorte in nächster Zeit werde begonnen werden können. Es würden alsdann geradweg glänzende Ergebnisse erzielt werden. Schmidt habe den Aufsichtsratsmitgliedern über alle Einzelheiten der Tochtergesellschaften und deren Einrichtungen sofort auf's Genueste Auskunft geben können. Er sei geradweg überrascht gewesen über die eminente Fähigkeit dieses Mannes. Er konnte nicht annehmen, daß dieser Mann ein Schwindler sei. — Der Vorsitzende verliest danach die Tabellen, in denen die Geschäftsergebnisse der verschiedenen Tochtergesellschaften verzeichnet sind.

Angeschlagter Wölfer betont ebenfalls, daß Schmidt den Eindruck eines ganz außerordentlich tüchtigen Geschäftsmannes gemacht habe. Es sei eine bekannte Thatsache, daß je größer der Betrieb, desto geringer die Unkosten. Es kam aber hier noch hinzu, daß die verschiedenen Gesellschaften infolge der Fusion beim Ein- und Verkauf großen Vorteil hatten.

Staatsanwalt Dr. Weber bemerkt, daß die Direktion bei Inanspruchnahme des Blankokredits die Genehmigung des Aufsichtsrats einzuholen hatte. — Exner: Einmal bestand eine solche Verpflichtung bis zur Höhe von einer halben Million für den Vorstand nicht, andererseits war dem Vorstand aufgetragen, die Treber-gesellschaft auf keinen Fall sellen zu lassen. Wenn sich nun ein

Wechsel der Trebergesellschaft über eine halbe Million meldete, dann konnte man nicht erst eine Aufsichtsrats-sitzung einberufen, sondern es entstand die Frage: Ist der Wechsel zu bejahen, oder soll man ihn zum Protest geben lassen. Ehe eine Aufsichtsrats-sitzung einberufen ist, kann das Unglück geschehen sein.

Auf Antrag des Verteidigers Rechtsanwalts Dr. Drucker wird der Beschluß verlesen, wonach der Vorstand nur die Genehmigung des Aufsichtsrats einzuholen hat, wenn der Kredit um mehr als eine halbe Million überschritten werden soll.

Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon stellt an den Sachverständigen Kommerzienrat Stieskind die Frage, ob er nach Verlesung des Protokolls der Aufsichtsrats-sitzung vom 20. Dezember 1900 sein gestriges Gutachten, der Vorstand habe gegen den Aufsichtsrat eine Verschleierung begangen, aufrecht halte.

Der Sachverständige bemerkt: Er habe dies gar nicht behauptet, sondern nur gesagt: die Garantie von 18 oder 22 Millionen, die von den Aufsichtsratsmitgliedern der Treber-Gesellschaft gegeben war, hätte abgedacht werden müssen, dann wäre den Aufsichtsratsmitgliedern die Blinde von den Augen gefallen. Das halte er auch heute noch aufrecht. — Verteidiger: Sie scheinen sich also heute berichtigten zu wollen? — Sachverständiger: Keineswegs. — Verteidiger: Es sind mindestens 200 Zeugen dafür vorhanden, daß Sie gestern gesagt haben, der Vorstand habe dem Aufsichtsrat etwas verschleiert. — Sachverständiger: Ich bin allerdings der Meinung, daß in der Nichtabkündigung eine Verschleierung liegt. — Verteidiger: Dann ersuche ich die anderen Herren Sachverständigen, sich darüber zu äußern, ob trotz des Protokolls der Aufsichtsrats-sitzung vom 20. Dezember 1900 der Vorstand dem Aufsichtsrat etwas verschleiert habe.

Staatsanwalt Dr. Kunz: Ich halte es doch für richtiger, die Beurteilung dieser Frage dem Plaidoyer zu überlassen. Ich kann aber bereits mitteilen, daß die Staatsanwaltschaft in dieser Beziehung auf dem Boden der Verteiligung steht. — Verteidiger: Nach der Erklärung des Herrn Staatsanwalts, daß in diesem Punkt die Staatsanwaltschaft auf dem Boden der Verteiligung steht, halte ich die Angelegenheit für erledigt.

Es werden danach wiederum Briefe verlesen. In einem derselben ersucht Schmidt um Uebernahme des Trustcontos der Berliner Finanz- und Handelszeitung auf das Solidari-Vorschußkonto. Die Leipziger Bank erklärte sich damit einverstanden mit der Bedingung, daß die Berliner Finanz- und Handelszeitung sich einverstanden erkläre, die im Depot der Leipziger Bank vorhandenen Effekten verkaufen zu dürfen.

Im Januar 1901 schrieb Schmidt an die Leipziger Bank u. a.: Justizrat Kempner in Berlin, Vertrauensmann der Berliner Großbank, hat das Fusionsprojekt geprüft und dasselbe für vorzüglich befunden. Herr Justizrat Kempner hält die Angelegenheit der Frankfurter Zeitung für vollständig unbegründet. Dieser Herr hat intime Beziehungen zu der Gold- und Silber-scheideanstalt in Frankfurt a. M. Mit Hilfe dieser will Justizrat Kempner bemüht sein, ein besseres Verhältnis zwischen uns und der Frankfurter Zeitung herzustellen. Im weiteren weist Schmidt auf die Notwendigkeit von Umbuchungen hin.

Exner bemerkt auf Befragen des Vorsitzenden: Es kam Schmidt darauf an, zur Durchführung der Fusion ein reines Buch zu haben und deshalb das Schuldkonto der Leipziger Bank verschwinden zu lassen. Aus diesem Anlaß wurden die Garantien der Aufsichtsrats-mitglieder der Treber-Gesellschaft gegeben. Das Trustkonto wurde befreit und der Gewinn dieses Contos auf die Reserven übernommen.

Die Verhandlung wird darauf gegen 8 Uhr nachmittags auf Montag vormittags 9 Uhr vertagt.

f. Leipzig, den 7. Juli 1902.

Achzehnter Tag der Verhandlung.

Der Anbruch des Publikums ist heute, da die Vorführung und Vernehmung Schmidts erwartet wird, ein ganz außerordentlich starker. Die Damenwelt ist wiederum überwiegend vertreten. Die Angefangenen machen noch immer einen sehr zuversichtlichen Eindruck, nur Exner und Dr. Genschl scheinen etwas niedergeschlagen zu sein. Gegen 9 Uhr vormittags eröffnet der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Müller, die Sitzung und läßt zunächst den früheren Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Treber-Gesellschaft, Kaufmann Hermann Sumpff-Kassel, als Zeugen aufrufen. Dieser, ein mittelgroßer Herr mit dunkelblondem, kurzgeschlittenem Vollbart, befindet auf Befragen des Vorsitzenden: Ich wurde 1889 mit Adolf Schmidt bekannt. Dieser schlug mir vor, mich bei Gründung einer Aktiengesellschaft zwecks Vergrößerung der von ihm betriebenen Treberrodung zu beteiligen. Den Treberrodungsapparat hatte der Brauereibesitzer Otto-Dortmund erfunden. Wir beschloßen daher, Otto in die Aktiengesellschaft mit hineinzuziehen. Mein Vater, mein Bruder Arnold und ich beteiligten sich an der Gründung der Treberrodungs-Aktiengesellschaft. Ich wurde zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Schmidt zum Direktor gewählt. 1895 erwarben wir das Bergmannsche Holzverföhlungs-patent. Daraufhin wurde eine Reihe Tochtergesellschaften begründet, die jedoch zumest selbständige Gesellschaften waren. Das Aktienkapital der Trebergesellschaft betrug anfänglich 250 000 Mk. Dies wurde im Laufe der Zeit, ganz besonders zwecks Ausbeutung des Holzverföhlungs-patents mehrfach erhöht. — Vorsitzender: Wie hoch belief sich das Kapital nach der letzten Erhöhung? — Zeuge: 20 400 000 Mark; diese Erhöhung wurde aber nicht mehr perfekt. Vorsitzender: Die Tochtergesellschaften prosperierten zumest nicht! — Zeuge: Das war mir nicht bekannt.

Vorsitzender: Wie kam es, daß Sie darüber nicht orientiert waren, hat Sie Schmidt nicht informiert? — Zeuge: Er hat uns wohl informiert, ich bin selbst mit Schmidt in Schlesien u. g. gewesen und nahm an, daß die Werke sehr gut prosperierten, es ist aber möglich, daß Schmidt mir nicht die Wahrheit gesagt hat. — Vorsitzender: Wie kamen denn die Tochtergesellschaften zu stande? — Zeuge: Zumest wurde die Hälfte von den Tochtergesellschaften, die Hälfte von uns bezahlt. Ich habe mich z. B. bei der russischen Gesellschaft selbst mit 400 000 Mk. beteiligt.

Vorsitzender: Wie kam es, daß die Aufsichtsratsmitglieder der Treber-Gesellschaft der Leipziger Bank Wechsel in Gesamthöhe von 22 Millionen Mark gaben? — Zeuge: Schmidt sagte, zwecks Durchführung der Kapitalerhöhung an der Berliner Börse sei es notwendig, das hohe Engagement der Gesellschaft bei der Leipziger Bank herabzumindern. Dazu sei es notwendig, daß die Aufsichtsratsmitglieder der Leipziger Bank Wechsel ausstellen, so daß die Forderung der Leipziger Bank von der Trebergesellschaft auf die Aufsichtsratsmitglieder übergehe. Ich weigerte mich zunächst, da ich aber die anderen Aufsichtsratsmitglieder dazu bereit erklärten, und ganz besonders, da ich auf die rotierende Retorte, die bereits in Betrieb war, die größten Hoffnungen setzte, so erklärte ich mich schließlich zur Ausstellung des Wechsels bereit. — Vorsitzender: Was das ein Bürgschaftswechsel? — Zeuge: Nein, einen Bürgschaftswechsel hätte ich nicht gegeben.

Vorsitzender: Verlangte Schmidt Bürgschaftswechsel? — Zeuge: Soweit ich mich erinnere, war von Bürgschaftswechseln keine Rede. — Vorsitzender: Bürgschaftswechsel hätten auch keinen Zweck gehabt, dadurch wäre ja das Engagement nicht aus den Büchern der Trebergesellschaft verschwunden. Wie hoch war der von Ihnen ausgestellte Wechsel? — Zeuge: Ich habe in Gemeinschaft mit meinem Bruder Arnold zusammen einen Wechsel im Gesamtbetrag von anderthalb 8 Millionen gegeben. — Vorsitzender: Sie wurden vor Ausstellung des Wechsels aufgefordert, Ihr Vermögen anzugeben? — Zeuge: Jawohl, ich gab mein Vermögen auf 4 Millionen an. — Vorsitzender: Entsprach das der Wahrheit? — Zeuge: Jawohl, nach Abzug aller Schulden besaß ich 4 Millionen. — Vorsitzender: Dazu gehörten aber auch Treberaktien? — Zeuge: Jawohl.

Vorsitzender: Wie viel Treber-Aktien besaßen Sie? — Zeuge: Das kann ich nicht genau sagen, ich glaube 2000 Stück. — Der Zeuge bemerkt im weiteren auf Befragen des Vorsitzenden: Ich wußte, daß einige Tochtergesellschaften, wie die russische, die böhmische und die ungarische, Dividenden zahlten. Schmidt hat uns die Ent-

wirkungsfähigkeit der Tochtergesellschaften als glänzend geschildert; ich halte seinen genauen Einblick, da ich in keinem Aufsichtsrat der Tochtergesellschaften saß. Die anderen Aufsichtsratsmitglieder sahen alle in den Aufsichtsräten. Deshalb Schmidt mich nicht auch vorschlag, ist mir nicht bekannt.

Vorsitzender: Wähten Sie, wie die Forderungen der Leipziger Bank an die Treiber-Gesellschaft entstanden waren? Zeuge: Ich nahm an, aus gewährten Darlehen und Vorkäufen für die Tochtergesellschaft. Heute bin ich allerdings anderer Meinung. — Vorsitzender: Wie dachten Sie sich nun die Abführung dieser Forderungen? Zeuge: Ich nahm an, die Leipziger Bank will die Forderung der Treiber-Gesellschaft abtreten und wir sollen dieselbe übernehmen. — Vorsitzender: Sie haben in der Voruntersuchung einmal gesagt, Exner habe die Lage der Treiber-Gesellschaft genau gekannt. — Zeuge: Angesichts der engen Geschäftsverbindung, die wir mit der Leipziger Bank hatten, nahm ich das an. Soweit mir bekannt, hat auch Schmidt Exner alle seine Transaktionen mitgeteilt.

Vorsitzender: Sie sollen einmal gesagt haben, wenn die Leipziger Bank uns die Mittel entzieht, dann sind wir pleite? Zeuge: Das ist richtig, die Leipziger Bank war ja unsere Haupt-Geldgeberin. Damals war Geld sehr teuer, man bezahlte 8-9 Prozent. Damals hätten die feinsten Industrie-Gesellschaften fallieren müssen, wenn ihnen ihre Bankhäuser den Kredit entzogen hätten. — Vorsitzender: Sie schrieben einmal an Schmidt: Wenn uns die Leipziger Bank den Kredit entzieht, dann müssen wir allerdings fallieren, dann wird aber die Leipziger Bank mitgezogen? Zeuge: Das war eine bloße Redensart. Schmidt schrieb mir, wir müssen an der Börse intervenieren, da die Leipziger Bank die bei ihr verpfändeten Treiberaktien verkaufen wollte, um sich flüssige Mittel zu verschaffen. Deshalb schrieb ich einen solchen Brief an Schmidt; ich gab aber schließlich meine Zustimmung zu dem Verkauf der Aktien.

Vorsitzender: Sie haben nun den Versicherungen Schmidts geglaubt, daß die Tochtergesellschaften eine hohe Rentabilität ergeben werden? — Zeuge: Leider, Schmidt hat uns das aber nicht bloß gesagt, sondern es uns durch Vorweisung der Gutachten bewiesen. Im übrigen haben die Leiter der Tochtergesellschaften alle Versicherungen Schmidts vollumfänglich bestätigt. — Staatsanwalt Dr. Weber: Wenn nun die Tochtergesellschaften nicht in der Lage waren, irgend einen Nutzen zu erzielen, wären alsdann die Aufsichtsratsmitglieder der Treiber-Gesellschaft in der Lage gewesen, die Gesellschaft von 22 Millionen zu befreien? — Zeuge: Wir glaubten ganz bestimmt, die Tochtergesellschaften werden rentieren, sie werden hohe Gewinne erzielen und im Stande sein, hohe Dividenden und Tantiemen zu zahlen. Wenn allerdings diese unsere Hoffnung sich nicht erfüllte und dadurch die Treiber-Gesellschaft in Konkurs geriet, dann konnten wir selbstverständlich unsere Wechsel auch nicht bezahlen. — Auf weiteres Befragen bemerkt der Zeuge: Schmidt habe verschiedene Transaktionen bei An- und Verkauf von Aktien vorgenommen, um bei der vorgeschlagenen Fusion der Tochtergesellschaften die Mehrheit zu haben.

Verteidiger: Justizrat Dr. v. Gordon: Sie sagten vorhin, Exner hat von allen Geschäften der Treiber-Gesellschaften volle Kenntnis gehabt. Haben Sie irgend einen Anhalt, daß Exner über die Lage der Tochtergesellschaften besser informiert war als Sie? — Zeuge: Ich nahm das an, da Exner verschiedene Tochtergesellschaften selbst beaufsichtigte und, soweit mir erinnerlich, Herrn Professor Lasar Sohn veranlaßte, ein Gutachten über Reheim abzugeben. — Verteidiger: Sind Sie nicht auch in Reheim gewesen? — Zeuge: Jawohl. — Verteidiger: Ist es richtig, daß Sie und Ihre Angehörigen bei jeder Kapitalerhöhung der Treiber-Gesellschaft Ihr Bezugsrecht voll ausübten? — Zeuge: Jawohl. — Verteidiger: Haben Sie nicht auch mehrfach Aktien gekauft? — Zeuge: Jawohl.

Auf weiteres Befragen des Verteidigers, Justizrats Dr. v. Gordon, bemerkt der Zeuge: Die Berliner Finanz- und Handelszeitung habe zwei Posten Aktien übernommen, einen Posten habe sie bar bezahlt. Die Aktien wurden alsdann dem Credit Lyonnais in Brüssel zugesandt und die Aufsichtsratsmitglieder der Treiber-Gesellschaft verpflichteten sich zum Rückkauf. Er habe mehrfache Unterredungen mit Exner wegen dessen Eintritt in den Aufsichtsrat der Treiber-Gesellschaft gehabt. Er habe den Eintritt Exners gebilligt. Die anderen Aufsichtsratsmitglieder waren aber von dem beabsichtigten Eintritt Exners nicht erlaut, weil sie eine Schmälerung ihrer Tantieme befürchteten. (Heiterkeit.)

Auf Befragen des Staatsanwalts Dr. Weber bemerkt der Zeuge: Schmidt habe ihm einmal erzählt, Profurst Withe von der Leipziger Bank habe die Bücher der Treiber-Gesellschaft geprüft und einen Bericht erstattet, der in Leipzig importiert habe. — Es gelangt danach ein Brief des Zeugen an Schmidt zur Verlesung. In diesem schreibt der Zeuge: Er habe nichts dagegen, daß Withe als Beamter in die Treiber-Gesellschaft einträte, er sei aber ganz entschieden dagegen, daß Withe eine leitende Stellung in der Treiber-Gesellschaft erhalte. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Drucker: Es war vorhin so großes Geräusch im Saale, so daß ich nicht alles genau gehört habe. Sie sagten doch: Herr Dr. Franz Schmidt fand die rotierende Retorte nicht für gut und empfahl dafür eine von ihm erfundene? — Zeuge: Das ist richtig.

Verteidiger Justizrat Dr. Rosenthal: Sie streiften vorhin die am 3. Februar 1899 stattgefundene außerordentliche Generalversammlung, in der Sie den Vorsitz führten. Wollen Sie uns etwas Näheres über diese Generalversammlung angeben? Zeuge: Diese Generalversammlung wurde einberufen, um die Angriffe der Konkurrenz zu widerlegen. Es war damals eine Broschüre von der Konkurrenz erschienen. — Vorsitzender: Sie wußten, daß Sie in dieser Paradoerversammlung die Mehrheit haben werden. Zeuge: Das konnten wir nicht wissen, denn es wurde nicht nach Mehrheit, sondern per Reclamation abgestimmt. Wir haben uns mit unseren Aktien an der Abstimmung überhaupt nicht beteiligt. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Rosenthal: Wurde bei der Abstimmung die Gegenprobe gemacht? Zeuge: Nein. — Verteidiger: Es waren doch aber Geuner in der Versammlung? Zeuge: Allerdings, diese melbten sich nach der Abstimmung zum Wort. — Verteidiger: Was wurde in dieser Paradoerversammlung beschlossen? Zeuge: Es wurde die Bildung einer Kommission zwecks Untersuchung der Angriffe der Konkurrenz vorgeschlagen. Nachdem aber die verschiedenen Leiter der Tochtergesellschaften gesprochen hatten, wurde der Vorschlag abgelehnt und der Verwaltung ein Vertrauensvotum erteilt.

Vorsitzender: Ist Ihnen bekannt, daß Exner vor dieser Generalversammlung an Schmidt schrieb: „Geben Sie die Aufkündigung, daß die Leiter der Tochtergesellschaften in der Generalversammlung das Wort ergreifen werden, nicht in Druck, man könnte das sonst für eine abgetratene Sache halten.“ — Zeuge: Davon ist mir nichts bekannt.

Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon: Sie sagten, Sie erinnern sich nicht, was für Papiere es waren, die von dem Trust-Conto auf das Solidar-Conto übernommen wurden, Sie geben doch aber zu, daß die Briefe, die die Treiber-Gesellschaft an die Leipziger Bank mit der Bitte um Uebernahme schrieb, von Ihnen mit unterschrieben waren? — Zeuge: Jawohl. — Angeklagter Schröder: Ist dem Herrn Zeugen noch erinnerlich, daß er im vorigen Jahre in Berlin im Bureau der Deutschen Bank mit sagte: Wenn wir nur noch 2 Millionen auf einige Monate erhalten, dann wird unser Unternehmen wieder lebensfähig und unsere Aktien stehen im nächsten Jahre wieder 400. — Zeuge: Jawohl, das habe ich gesagt, ich hatte diese Ansicht noch am 3. Juli 1900.

Es wird alsdann erwähnt, daß bei Uebertragung der Effekten vom Trust-Conto auf das Konfortialcontto die Valuta am 31. Dezember vorgebuchet wurde. — Sachverständiger Kommerzienrat Blaut: Diese Verbuchung war unzulässig. Es handelte sich hierbei in der Hauptsache nur um 845000 Kronen böhmische Aktien. Durch die Verbuchung konnte aber immerhin die Bilanz der Leipziger Bank eine bessere Gestalt erfahren. — Exner: Die 845000 Kronen Böhmier waren bereits im November verkauft.

Sachverständiger Bankdirektor Herrmann: Ich kann mich der Bemerkung des Herrn Blaut nur anschließen. Wenn die Effekten fest verkauft waren, muß eine Erläuterung vorhanden sein. So lange aber die Effekten nicht fest verkauft waren, mußten sie auf dem Effektencontto erscheinen, andernfalls liegt eine Verschiebung der Bilanz vor. — Der Vorsitzende überreicht dem Bankdirektor Herrmann die Erläuterung. Danach war der Verkauf der Effekten erst am 23. Januar perfekt geworden.

Direktor Herrmann bemerkt wiederholt: Die Effekten befanden sich Ende Dezember noch im Besitz der Leipziger Bank. So lange dieselben nicht abgenommen waren, mußten sie auf dem Effektencontto erscheinen. Zwischen dem Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon und den Sachverständigen Herrmann, Blaut und Professor Lambert entleht über die Vornahme der Verbuchung ein großer Meinungsstreit. Professor Lambert bemerkt: Wenn die Effekten fest verkauft waren, dann dürften sie nicht im Effektencontto erscheinen, sonst wäre die Bilanz falsch.

Exner: Die Treiber-Gesellschaft hatte die Effekten schon im Frühjahr von uns gekauft, der Abnahmetermin wurde aber immer hinausgeschoben. Der letzte Abnahmetermin wurde auf den 23. November festgesetzt. Im Dezember kam Schmidt nach Kassel und wünschte, daß die Effekten vom Trust-Conto auf das Konfortialcontto übertragen werden, da die sechs Herren, d. h. Schmidt und seine fünf Aufsichtsratsmitglieder, die Effekten übernehmen wollten. Die Abnahme erfolgte am 23. Januar. — Vorsitzender: Deshalb wurde alsdann die Abnahme nicht auf 23. Januar gebucht? — Exner: Weil wir alsdann eine Doppelbuchung gehabt hätten.

Die Sachverständigen Blaut und Herrmann bemerken wiederholt: Die Verbuchung dürfte erst erfolgen, nachdem die Effekten abgenommen waren. So lange sie noch im Besitz der Leipziger Bank waren, mußten sie im Effektencontto vielmehr mit dem Vermerk erscheinen: „Diese Aktien sind verkauft“. Keineswegs dürfte die Valuta im alten Jahre gebucht werden.

Sachverständiger Kommerzienrat Blaut findet es sonderbar, daß auf Veranlassung Schmidts Herrmann Sumpf noch außerdem mit einer Million Tochteraktien belastet wurde. — Exner: Es wurden an die Fusion der Tochtergesellschaften derartig große Hoffnungen geknüpft, daß Sumpf gegen diese Belastung kein Bedenken gehabt haben dürfte.

Herrmann Sumpf: Ich muß erklären, daß mir von diesem Geschäft nicht das geringste bekannt ist. (Große allgemeine Heiterkeit.) Es tritt hierauf eine kurze Pause ein.

20098 396 79 526 608 363 246 809 80 95 47 548 637  
128 286 688 596 704 926 403 129 788 884 721 206 782 904  
21405 348 89 126 561 614 825 817 917 541 225 82 99 896 430  
381 526 659 719 (200) 104 336 567 65 697 165 556 22876 627  
000 (200) 683 271 968 132 582 268 307 (200) 456 501 545 836  
506 (200) 905 587 927 23781 557 968 68 5 408 290 457 580  
542 60 162 895 (500) 123 890 (200) 847 665 886 866 24142  
620 242 767 866 757 (200) 124 569 627 610 358 388 277 306  
519 666 836 664 (1000) 888 (200) 816 218 6 604 587 766 95  
25116 698 907 550 478 875 873 401 244 989 (200) 222  
200 860 122 776 701 (500) 808 372 390 429 529 75 621 207  
878 26598 267 699 137 52 6 118 790 90 822 608 117 788 837  
543 270 904 977 (200) 623 969 27148 484 954 955 369 154 710  
230 206 207 (200) 381 384 669 382 321 23000 801 59 222  
919 916 568 890 103 134 512 474 867 600 29712 886 (200)  
890 18 9 568 978 91 882 828 61 877 417 818 387 218 181 44  
297 112

30807 488 786 871 (200) 138 (200) 319 995 685 874 159  
416 35 (200) 249 682 108 528 788 202 618 679 651 728 31744  
643 671 883 875 800 131 402 823 400 352 285 498 499 80 46  
980 (500) 32440 919 905 275 198 942 918 387 259 141 967 50  
789 518 807 (200) 775 137 895 212 459 348 278 (200) 798 85  
856 (200) 378 33105 18 (500) 181 217 334 879 429 82 860  
592 391 789 918 681 781 202 299 955 518 856 866 869 473 848  
457 192 278 882 3451 377 759 848 487 (200) 244 5 896 736  
673 856 (1000) 175 256 124 810 351  
35210 126 (500) 184 806 294 682 241 979 786 782 55 977  
050 275 914 248 (200) 170 494 649 744 (200) 36478 994 279  
101 858 640 936 792 188 875 750 877 21 26 821 652 989 735  
238 712 594 448 578 (200) 751 728 606 185 95 37978 607 645  
(200) 152 782 898 442 183 630 351 (2000) 199 154 47 151 (200)  
445 38 525 313 884 410 38958 517 920 898 647 808 952 136  
374 711 (200) 588 58 470 350 263 39113 699 94 628 468 (200)  
748 494 559 909 196 398 188 982 (500) 192 273 312 836 424  
(200) 689 622 705

40824 569 30 11 80 498 550 (200) 902 874 580 247 841  
640 36 199 862 41068 721 475 589 279 250 999 909 337 166  
393 898 344 191 (500) 295 629 (500) 476 560 498 (200) 899 (200)  
302 42505 186 487 86 232 559 871 587 228 888 (900) 942 802  
576 204 888 435 808 807 73 919 49471 344 180 (200) 881 (200)  
315 26 181 187 978 505 854 724 960 888 542 871 667 140 748  
508 478 235 (200) 876 19 81 44711 545 629 165 158 808 650  
74 388 571 426 490 39 75

45722 (200) 717 859 828 690 801 167 780 555 688 574  
965 789 (200) 87 529 464 587 151 380 648 (500) 46995 187  
703 496 682 757 115 196 502 526 777 316 362 795 47123 168  
(200) 699 409 524 821 586 269 509 502 458 667 310 (500) 182  
115 146 521 625 690 436 460 582 45462 812 373 60 642 610  
372 402 291 866 139 21 941 68 918 751 360 206 867 569 51  
277 621 276 474 685 409 170 49511 581 432 342 347 198 573  
812 267 794 640 606 4 77 819

50041 705 973 575 478 411 875 69 793 115 950 198 (2000)  
51772 318 373 508 974 138 400 398 82 (200) 155 69 800 730  
42 374 628 91 576 706 635 52450 356 605 978 20 569 38 781  
195 878 358 353 127 355 392 846 908 401 75 53026 870 881  
187 152 540 908 715 552 619 816 852 773 825 298 641 158 788  
570 36 254 257 565 54240 (200) 541 613 588 349 399 865 827  
735 192 88 892 899 905 487 155 48 50 853 (1000) 517 450 131  
401 (200) 780 512

55446 904 880 817 170 922 6 196 707 481 599 167 818  
390 56373 735 770 766 128 480 15 722 807 5 949 844 236  
271 971 902 814 309 57729 59 530 721 883 297 848 561 802  
376 762 63 137 551 (200) 774 146 52 254 55883 155 986 51  
129 803 467 844 769 566 882 988 94 854 71 314 200 311 40  
948 (1000) 383 861 715 786 915 59120 921 (500) 816 894 770  
811 628 606 671 752 450 680 880 (200) 790 916 951

60438 (200) 168 340 982 922 860 822 956 996 849 (500)  
556 (200) 558 (300) 90 87 980 854 (200) 5 261 968 808 900 715  
382 (1000) 630 61102 150 (500) 774 371 398 104 412 24 805  
424 327 337 639 492 815 746 (500) 636 75 440 7 201 62244  
32 447 151 428 495 135 764 800 644 534 989 688 320 64 96  
527 935 174 5 750 631 797 577 11 6 158 63528 508 976 (2000)  
225 197 7 665 869 922 180 456 821 120 (200) 319 459 894 483  
992 349 542 64891 707 (200) 597 898 886 72 258 940 673 929  
711 (200) 87 738 485 506

65432 51 582 130 885 603 705 341 905 136 908 844 609  
(1000) 66832 620 880 52 299 731 951 378 757 908 78 776 869  
010 419 (2000) 859 203 411 852 317 67116 410 (200) 246 391  
447 991 851 102 812 (200) 971 427 184 (2000) 728 445 928  
100 68688 410 (200) 174 344 109 799 898 26 391 (500) 011  
547 107 998 321 809 988 19 611 212 (200) 917 209 712 18 800  
69574 879 899 146 542 788 406 876 108 104 851 212 393 77  
485 95 (200) 598 47 881 290 264 189 (200) 700 184 311

70828 152 904 858 314 132 887 787 882 840 (200) 19 416  
312 102 442 167 475 672 742 858 750 591 (200) 901 317 607  
818 71994 128 586 365 916 (200) 959 610 8 171 977 588 981  
808 567 606 533 608 333 510 72899 (200) 896 779 188 986  
628 (200) 272 468 (200) 448 988 177 672 (2000) 456 32 (200)  
745 507 (200) 923 891 681 210 700 802 73392 947 270 66 56  
310 298 955 986 86 51 552 488 74489 755 756 799 568 758  
67 361 948 612 735 707 (1000) 984 (200) 215 836 705 700 792  
70 615 760 (1000) 820 822 914 852 129

75089 651 605 586 788 991 636 828 128 879 624 249 (200)  
085 55 408 858 961 378 47 104 860 749 570 758 76477 546  
680 544 945 331 88 (200) 408 580 136 495 800 280 256 376 676  
179 508 561 771 655 916 997 69 888 (500) 77916 394 165 902  
751 476 20 268 207 877 547 840 910 107 (200) 838 287 391 81  
422 79011 142 838 966 187 90 851 988 998 510 208 214 161  
184 937 60 778 488 292 462 79688 590 890 781 58 382 10 252  
261 (30 000) 116 (200) 497 (200) 884 318 526 760 151 386 11  
194 (200)

80399 400 592 776 852 195 576 185 312 281 644 755 308  
311 488 982 802 191 81091 521 127 618 667 587 908 587 560  
(500) 788 786 (200) 486 611 292 351 957 82419 226 640 124  
92 500 (200) 104 128 432 958 372 83870 787 258 959 657 861  
148 688 205 888 834 707 100 859 456 (200) 648 609 174 84248  
471 682 242 200 786 912 240 481 700 542 312

85711 800 704 (1000) 526 471 358 370 845 298 066 659  
191 321 654 198 415 889 979 480 981 149 86375 5 971 172  
589 823 155 688 1 341 170 278 371 116 128 127 486 998 745  
861 834 602 488 147 808 87432 872 (200) 216 616 854 (500)  
718 252 (200) 697 867 917 (200) 194 75 657 88915 (200) 284  
550 179 818 828 958 371 471 499 392 71 605 846 688 665 996  
531 (2000) 888 889 89721 538 781 (1000) 13 54 177 468 261  
420 360 690 (200) 212 546 614 346 691

90669 185 589 14 110 177 894 916 892 579 43 968 97 282  
91801 588 489 (500) 725 553 991 204 385 257 877 87 202 707  
8 386 834 467 848 92889 713 548 (200) 508 744 896 227 377  
620 895 752 867 698 38 492 55 93847 161 499 125 208 541  
948 745 657 440 278 848 647 174 238 292 361 (2000) 984  
94703 580 252 589 787 628 655 294 581 177 321 754 555 489  
86 316 489 606 (200) 122 10 521 (200) 802 700 807

95467 274 602 405 738 105 808 662 (200) 137 481 677 96  
820 648 (200) 555 245 151 96782 144 381 194 899 84 16 848  
589 (200) 983 162 547 498 372 485 5 816 99 246 811 275 712  
286 999 97041 355 611 661 796 817 357 (5000) 748 70 214  
196 (200) 807 (200) 65 576 167 565 480 158 250 640 218 372  
98586 361 679 414 57 905 281 628 672 814 643 164 214 881  
24 707 (500) 856 31 248 449 89 909 971 982 325 614 875 407  
621 681 99005 34 954 468 808 784 854 185 975 921 700 109  
168 998 927 801 985 100000 (500)

Im Glücksrade verbleiben nach heute beendigt Ziehung an  
größeren Gewinnen: 1 à 20 000, 1 à 10 000, 1 à 5 000, 6 à 2 000,  
9 à 1 000.

**Telegraphische Depeschen.**

**Volks telegraphisches Korrespondenz-Bureau.**

Dresden, 7. Juli. Die Finanzdeputation A und die Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer des außerordentlichen Landtages beantragen in Uebereinstimmung mit dem Dekret I, die Kammer wolle beschließen, daß der Jahresbetrag der künftigen Civilliste vom 1. Juli 1902 ab bis zum 31. Dezember 1903 gemeinschaftlich auf 3500000 Mark und vom 1. Januar 1904 ab mit Rücksicht auf die Gewährung von Wohnungsgeldzuschuß auf 3550000 Mark festgesetzt werde. Die Ausgaben der Civilliste für Theater und Pensionen, sowie Gehälter sind seit 1874 bis 1901 um 451 000 Mk. gestiegen.

**Theatervorstellungen.**

Neues Theater.  
Montag den 7. Juli. 169. Abom.-Vorstellung (1. Serie, grün): Der Großfürst.  
Trauerspiel in 5 Akten von Otto Ludwig.  
Umfang 7 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr. Schauspiel-Prefe.  
Spielplan: Dienstag: Der Postillon von Loujumeau. Anfang 7 1/2 Uhr. — Mittwoch: Der Troubadour. Anfang 7 1/2 Uhr. — Donnerstag: Neu einstudiert: Jopff und Schwaetz. Anfang 7 1/2 Uhr. — Freitag: Urdine. Anfang 7 1/2 Uhr. — Sonnabend: Zum erstenmal wiederholt: Die Tyrannin der Thronen. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Verammlungskalender.**

Montag: Gewerkschaftsversammlung. Gohlitzer Hof, Windmühlentstr. Abends 7 1/2 Uhr.  
Zäpfer. Flora, Windmühlentstr. Abends 7 1/2 Uhr.  
Dienstag: Mannert. Gohlitzer Hof, Windmühlentstr. Abends 8 Uhr.  
Leipzig. Arbeitervereine. Gohlitzer Hof, Windmühlentstr. Abends 8 Uhr.  
Berlin für Naturgeschichte v. West. Schloss Lindenfeld, Lindenau. Abends 7 1/2 Uhr.  
Mittwoch: Verband der Fabrik-, Land-, Glashandwerker und Arbeiterinnen. Zäpfer Hof, Abends 8 Uhr.

G. G. Naunhof. Wir haben Ihre Anregung dem Verlag der Volkszeitung unterbreitet.  
B. A., Z. Eine solche Adresse können Sie vielleicht durch den Buchbinderverband erfahren.  
Mehrere Cementarbeiter. Bringen Sie diese Angelegenheit zunächst in Ihrer Verammlung zur Sprache, eventuell führen Sie Beschwerde bei der Organisation der Metallarbeiter.  
C. A. Die Steuern müssen vom 1. April ab entrichtet werden. Der Vorzahlung ist Folge zu leisten.  
F. B. Erheben Sie Beschwerde bei der Reklamationskommission.  
R. B. Es kommt doch nicht auf die Firma, sondern auf die Bestellung an. Gegen die Zufendung läßt sich nichts einwenden, auch kann der Betrag nach Lage der Sache nicht zurückgefordert werden.

**142. Sächsische Landeslotterie.**

Ziehung vom 7. Juli.  
Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 101 Mark gezogen.  
(Ohne Gewähr.) (Nachher verboten.)  
30 000 auf Nr. 79261 bei Herrn Karl Jacobson in Leipzig.  
5000 auf Nr. 97557 bei Herrn Alexander Jessel in Dresden.  
85 217 471 908 208 (200) 904 908 (200) 259 868 587 16  
578 827 844 261 929 484 483 1775 882 41 448 383 225 (1000)  
147 440 118 909 818 656 978 621 750 (500) 307 62 801 169  
614 97 475 984 655 811 390 564 110 499 2090 52 (500) 411  
944 (200) 506 58 784 384 185 605 409 119 752 301 987 82 972  
699 555 985 212 587 809 837 546 3319 109 315 850 806 459  
855 905 984 80 507 880 640 125 (200) 787 377 939 600 32  
4895 187 784 607 989 295 252 648 863 634 567 116 482 829  
125 688 309 623 668 (200) 919 900 503 403 627 565 658 785  
5428 745 810 494 71 90 29 (200) 981 869 229 968 847 679  
812 570 6348 755 632 801 54 646 994 599 569 92 (200) 204  
542 (200) 124 918 858 397 787 172 7657 906 494 298 640 96  
882 443 427 56 916 583 473 644 908 218 975 12 (200) 236  
675 782 239 249 930 18 8146 194 731 387 876 139 682 651  
806 101 81 868 59 785 416 415 209 312 9502 372 399 648  
970 338 398 487 309 (200) 298 800 348 925 335 210 918 311  
10448 99 (200) 368 (500) 45 651 395 400 (500) 918 781 522  
(500) 998 341 863 534 167 761 207 601 11417 628 51